

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	19
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Bürgerwissenschaften	

THEMEN DES MONATS

Internationales Ressourcenschutzrecht

Umweltgerechter Rohstoffabbau

Die EU diskutiert eine Verordnung, die den Handel mit Konfliktmineralien eindämmen soll

Seite 2

Umweltpolitik

Stickstoff in verträglichen Dosen

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen empfiehlt eine nationale Stickstoffstrategie

Seite 4

Handelspolitik

TTIP: Bewegung formiert sich EU-weit

Nicht nur in Deutschland wächst der Widerstand gegen das EU-USA-Freihandelsabkommen

Seite 6

Interview: Günter Metzges über Partizipation

„Einmischen im Internet“

Onlinepetitionen ermöglichen Bürgerbeteiligung, wenn noch alles offen ist

Seite 23

Internationales Ressourcenschutzrecht

Umweltgerechter Rohstoffabbau ist machbar

Die EU diskutiert eine Verordnung, die den Handel mit Konfliktmineralien eindämmen soll

Natürliche Ressourcen, insbesondere fossile Brennstoffe, aber auch andere mineralische Rohstoffe zur industriellen Nutzung werden immer stärker nachgefragt. Sie sind ein essenzieller Bestandteil des globalen Wirtschaftskreislaufs, aber ihre Gewinnung und Nutzung kann mit erheblichen Umweltzerstörungen und negativen sozialen Auswirkungen einhergehen. Die Zivilgesellschaft steht dem aber nicht machtlos gegenüber. ■ VON FABIAN STOLPE, UFU

Entwicklungsländer im globalen Süden verfügen häufig über große Vorkommen an Bodenschätzen. Es sind jedoch meist externe Akteure, insbesondere internationale Rohstoffkonzerne aus dem reichen Norden, die den Abbau verantworten und hohe Gewinne durch das Geschäft mit den Ressourcen erwirtschaften. Häufig führt der Abbau von Ressourcen nicht zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung für die Bevölkerung, sondern verschlechtert die Lebensbedingungen durch die negativen Umweltauswirkungen, die Zerstörung von Landschaften und Lebensgrundlagen. Die steigende Nachfrage nach Rohstoffen verschärft die Sorge um die Verfügbarkeit von und den Zugang zu einem endlichen Bestand an nicht erneuerbaren natürlichen Rohstoffen. Sie trägt zu Streitigkeiten über Kontrolle und Förderung von Bodenschätzen bei, die in vielen Ländern die Ursache für soziale Unruhen, politische Instabilität und bewaffnete Konflikte sind. Außerdem führt sie zur Ausbeutung von Lagerstätten, die sich in sensiblen Habitaten – etwa Regenwäldern oder Meeren – befinden, und zu immer aggressiveren Fördermethoden, zum Beispiel Fracking.

Zivilgesellschaft als Kontrollinstanz

Zum Schutz von Natur und Landschaft vor Umweltzerstörung durch Rohstoffabbau und zur Verhinderung von negativen sozialen Auswirkungen ist eine Regulierung des Bergbausektors notwendig. Die Regulierung kann allerdings nur dann effektiv sein, wenn auch der Vollzug der Vorschriften gewährleistet ist. Vertretern der Zivilgesellschaft, zum Beispiel Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen (NGO),

kommt zunehmend die wichtige Rolle zu, dies zu kontrollieren und einzufordern sowie auf die Weiterentwicklung und Verbesserung der Gesetzgebung hinzuwirken. Weltweit gibt es Beispiele von Strategien, mithilfe von rechtlichen Mitteln und Kampagnen die negativen Beeinträchtigungen durch Ressourcenabbau zu verhindern oder zumindest abzumildern und zum Nutzen der lokalen Bevölkerung auszugestalten. Die Ansätze dafür sind sehr unterschiedlich.

Zum einen gibt es Aktionen, die unter dem Credo „Rohstoffe unter der Erde lassen“ darauf abzielen, den Ressourcenabbau zumindest in einigen sensiblen Gebieten vollständig zu verhindern. So leidet die Bevölkerung des indischen Bundesstaats Goa seit Jahrzehnten unter erheblichen Umweltzerstörungen durch Eisenerz- und Manganabbau, die die verantwortlichen regionalen Behörden nur unzureichend reguliert und kontrolliert haben. Wurden die Bergbauaktivitäten zunächst als willkommene Einnahmequelle für die lokalen Bergarbeiter wahrgenommen, stellten sie sich letztlich als Katastrophe für den Naturhaushalt und die natürlichen Lebensgrundlagen der regionalen Bevölkerung heraus. Eine Klage der NGO Goa Foundation vor dem indischen Supreme Court (Oberstes Gericht) führte im Jahr 2012 zu der Auflage, dass sämtliche Bergbauaktivitäten in Goa für zwei Jahre gestoppt werden mussten. So ist es der Zivilbevölkerung in Goa durch Nutzung von Rechtsmitteln gelungen, den schädlichen Rohstoffabbau vollständig zu beenden – zumindest vorübergehend. 2014 entschied der Supreme Court allerdings, dass der Bergbau wieder aufgenommen werden darf, jedoch unter der Bedingung, dass die Kapazitäten der re-

gionalen Behörden gestärkt werden, damit sie die Einhaltung von Regelungen besser durchsetzen können.

Förderung einer Umweltstiftung

Die Richter des Supreme Court legten außerdem für den Abbau von mineralischen Rohstoffen eine jährliche Obergrenze von 20 Millionen Tonnen fest, um Generationengerechtigkeit zu gewährleisten. Sie erließen zudem die Regelung, dass zehn Prozent aller durch den Rohstoffabbau erwirtschafteten Gewinne an eine ständige Stiftung zur Vorsorge und Kompensation von durch den Bergbau verursachten Umweltschäden gezahlt werden muss. Auch wenn die Klageschrift der Goa Foundation den schädlichen Ressourcenabbau letztlich nicht dauerhaft verhindern konnte, hat sie zumindest erfolgreich auf eine umwelt- und sozial verträglichere Regulierung des Bergbausektors in Goa eingewirkt.

Ein innovatives Beispiel für eine Gesetzesreform im Bergbausektor ist das neue brasilianische Bergbaugesetz. Die „Bill 5807/2013“, die im Juni 2013 veröffentlicht wurde, sieht die Einrichtung von bergbaufreien Zonen vor. Dabei handelt es sich unter anderem um Naturschutzgebiete, Gebiete von besonderer historischer Bedeutung, Wassereinzugsgebiete von Ballungsräumen und Primärwälder, die in drei Kategorien eingestuft werden: Zonen ohne besondere Restriktionen für Bergbauaktivitäten, Zonen mit besonderen Restriktionen, und Zonen, in denen sämtliche Bergbauaktivitäten verboten sind. Hier wird also per Gesetz vorgeschrieben, dass in gewissen sensiblen Gebieten sämtliche Rohstoffe unter der Erde verbleiben müssen. Trotz einiger

Versuche einzelner Politiker, das Gesetz zu verwässern, bietet es eine vielversprechende Grundlage zur Weiterentwicklung einer umweltfreundlicheren Regulierung des Bergbausektors in Brasilien.

Beispielgebend zur Vermeidung von Rohstoffabbau ist die sogenannte „Yasuni-ITT Initiative“ in Ecuador. Die ecuadorianische Regierung stellte in Aussicht, die Ölförderung im Yasuni-Nationalpark, einem bedeutenden tropischen Regenwaldhabitat, zu verbieten, wenn die Weltgemeinschaft im Gegenzug 50 Prozent des Wertes der Öllagerstätte (3,6 Milliarden US-Dollar über einen Zeitraum von 13 Jahren) an Ecuador zahlt. Ziel der Initiative war der Schutz der Biodiversität und der Lebensräume der indigenen Bevölkerung sowie die Verhinderung des potenziellen CO₂-Ausstoßes, ohne dafür vollständig auf die wirtschaftlichen Gewinne der Ölförderung verzichten zu müssen. Weil angeblich die wirtschaftlichen Vorteile der Initiative unzureichend seien, gab die Regierung den Plan jedoch auf und verfolgt nun die Absicht, die Ölförderung zu genehmigen. Allerdings setzen sich weiterhin zahlreiche NGOs für das Verbot der Ölförderung im Yasuni-Nationalpark ein.

Einheimische an Verfahren beteiligen

Neben Aktionen, die den Rohstoffabbau vollständig verhindern wollen, gibt es Initiativen, mit deren Hilfe der unvermeidbare Abbau von natürlichen Ressourcen möglichst umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden soll. Ziel ist es, die lokale Bevölkerung stärker bei der Genehmigung von Bergbauvorhaben zu beteiligen, die Verträge zwischen Staaten und Bergbauunternehmen transparenter zu gestalten und dabei ökologische und soziale Belange stärker zu berücksichtigen. Bergbauunternehmen sollen verstärkt für die durch ihre Aktivitäten verursachten Schäden zur Verantwortung gezogen werden.

Das Prinzip des „Free, prior and informed consent“ (FPIC), das laut der UN-Erklärung der Rechte der Indigenen Völker indigenen Bevölkerungsgruppen erlaubt, über die Entwicklung ihrer traditionellen Lebensräume und ihrer Ressourcen frei und informiert entscheiden zu dürfen, hält vermehrt Ein-

zug in die internationale Rechtsprechung. Zum Beispiel auch im Toledo-Distrikt in Belize, in dem die Regierung 1994 42.000 Hektar Land innerhalb des traditionellen Maya-Territoriums im Sarstoon-Temash-Nationalpark zu staatseigenem Land erklärte und einer belizianischen Tochterfirma eines US-amerikanischen Energiekonzerns die Förderung von Öl genehmigte. Durch mehrere Beschwerden und Klagen vor der Inter-American Commission on Human Rights (IACHR) sowie dem Supreme Court von Belize erreichten Vertreter der Maya-Bevölkerung 2007 schließlich, dass die Regierung die Landrechte der Maya-Bevölkerung anerkennen und bei der Vergabe von Bergbau- und Ölförderungslizenzen ihr volles Mitspracherecht nach dem FPIC-Prinzip gewährleisten muss.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist das Lizenzvergabeverfahren von Bergbauvorhaben und die daraus resultierende Gestaltung der Verträge zwischen den Rohstoffkonzernen und den Staaten, in denen abgebaut wird. Verschiedene NGOs setzen sich dabei weltweit für die Einhaltung gewisser Standards und einen transparenten und partizipativen Prozess ein. Beispielsweise das globale Netzwerk „Publish What You Pay“ (PWYP), das sich seit 2002 dafür starkmacht, dass der gesamte Vertragsgestaltungsprozess und die im Lizenzvergabeverfahren geleisteten Zahlungen von Unternehmen an Regierungen sowie deren Verwendung vollständig öffentlich gemacht werden. Daran arbeitet PWYP weltweit mit Interessenvertretern aus Unternehmen, Regierungen sowie der Zivilgesellschaft und begleitet Vertragsgestaltungsprozesse vor Ort.

Freiwillige Selbstverpflichtung ist zu wenig

Um globale Erfolge zu erzielen, reichen Ansätze, die sich ausschließlich auf Verbesserungen der Umwelt- und Sozialstandards in den Ländern, in denen die Ressourcen abgebaut werden, konzentrieren, jedoch nicht. Viele der Unternehmen, die in Entwicklungsländern Rohstoffe abbauen oder konfliktbeladene Rohstoffe importieren und weiterverarbeiten, sind in Industrienationen ansässig, auch in Deutschland und anderen EU-Staaten. Auch hier muss die Zivilgesell-

schaft Unternehmen in die Pflicht nehmen. Einige Forderungen von Bündnissen wie PWYP hat die EU bereits in neuen legislativen Texten übernommen, etwa 2013 in der EU-Richtlinie über die Transparenzanforderungen für börsennotierte Gesellschaften. Außerdem wird in der EU derzeit eine Verordnung diskutiert, die den Handel mit Konfliktmineralien eindämmen soll, allerdings nur auf freiwilliger Basis. Europäische NGOs halten dies für unzureichend und setzen sich in einer gemeinsamen Kampagne dafür ein, die Unternehmen EU-weit gesetzlich zu verpflichten, ihre Lieferketten im Einklang mit bestehenden internationalen Standards zu kontrollieren und Risiken zu ermitteln und zu minimieren.

Rechtliche Mittel haben sich als wirksame Instrumente erwiesen, mit denen sich die Zivilbevölkerung gegen negative Beeinträchtigungen des Rohstoffabbaus zur Wehr setzen kann. Insbesondere in Ländern mit schwachen Verwaltungsstrukturen sind Klagen seitens der Zivilgesellschaft wichtig, um den Vollzug vorhandener Regelungen durchzusetzen. Darüber hinaus üben zivilgesellschaftliche Organisationen Druck auf Regierungen aus, Regulierungen im Bergbausektor zu verbessern und weiterzuentwickeln. Es bleibt eine wichtige globale Herausforderung, den Rechtsrahmen für den Abbau und die Nutzung natürlicher Ressourcen zukünftig ökologisch und sozial verträglicher zu gestalten. Vertreter der Zivilgesellschaft haben in diesem Prozess eine unverzichtbare Rolle.

Der Beitrag entstand nach der Dialogkonferenz Legal Remedies for Resource Equity, die das Unabhängige Institut für Umweltfragen, die Heinrich-Böll-Stiftung und die Environmental Law Alliance Worldwide im September 2014 in Berlin veranstalteten.

Der Umweltplaner und Geograf Fabian Stolpe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU). Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Öffentlichkeitsbeteiligung und Bürgerrechte im Umweltschutz.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 4284993-33,
E-Mail: fabian.stolpe@
ufu.de,
www.ufu.de

Umweltpolitik

Stickstoff nur in umweltverträglichen Dosen

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen empfiehlt eine nationale Stickstoffstrategie

Im Sondergutachten „Stickstoff – Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem“ greift der SRU ein vielfach unterschätztes Thema auf. Stickstoff bedeutet Leben, aber ein Übermaß davon schadet Boden, Luft und Wasser. Zwar befasst sich die Umweltpolitik bereits seit Jahrzehnten mit Stickstoffverbindungen in Umweltmedien, aber das Augenmerk lag bisher nicht auf deren Wechselwirkungen. ■ VON CHRISTIAN HEY UND ANNETTE VOLKENS, SRU

Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker müssen sich aus Sicht des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) künftig darüber austauschen, wie sich der Eintrag von Stickstoffverbindungen im Boden, in der Luft und im Wasser wechselseitig beeinflusst. Daher plädiert der SRU für die Entwicklung einer Stickstoffstrategie durch Bund- und Länder. Im Januar veröffentlichte er dazu das Sondergutachten „Stickstoff – Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem“.

Die zu hohen Einträge von Stickstoffverbindungen sind eines der großen ungelösten Umweltprobleme. Stickstoffverbindungen wie beispielsweise Stickstoffoxide und Ammoniak belasten Umwelt und Gesundheit auf vielfältige und komplexe Weise. Stickstoffeinträge tragen durch Eutrophierung, also durch Überdüngung, und durch Versauerung, also einen verringerten pH-Wert durch Auswaschung von Basen, zum Verlust von Biodiversität bei. Stickstoffoxide in der Luft schädigen direkt die menschliche Gesundheit, bilden gemeinsam mit Ammoniak gesundheitsschädlichen Feinstaub und fördern die Bildung von bodennahem Ozon. Nitrat im Trinkwasser und in Nahrungsmitteln belastet die menschliche Gesundheit, Nitrosamine stehen im Verdacht krebserregend zu sein. Lachgas schädigt die Ozonschicht und trägt zum Klimawandel bei.

Zu den wichtigsten reaktiven Stickstoffverbindungen gehören Ammoniak (NH_3), Ammonium (NH_4^+), Stickstoffoxide (NO und NO_2), Nitrat (NO_3^-), Nitrit (NO_2^-), Lachgas (N_2O) sowie organische Verbindungen. Gerade wegen ihrer sehr hohen Reaktionsfähigkeit können sich Stickstoffmoleküle während ihrer Verweildauer in

der natürlichen Umwelt vielfach mit anderen Elementen verbinden und so sehr unterschiedliche Wirkungen entfalten. Der Mensch greift drastisch in den natürlichen Stickstoffkreislauf ein, insbesondere seit vor etwa einhundert Jahren das Haber-Bosch-Verfahren zur Herstellung von Düngemitteln entwickelt wurde. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Freisetzung von reaktiven Stickstoffverbindungen fast verzehnfacht. Auch die Verbrennung fossiler und biogener Energieträger setzt global wachsende Mengen an Stickstoffverbindungen frei.

Halbierung des Düngemiteleinsatzes

Bestehende und zum Teil rechtlich verbindliche Ziele der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes und des Naturschutzes werden deutlich verfehlt. Es besteht ein grundlegendes Umsetzungs- und Vollzugsdefizit. So hat die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil Deutschland nicht genug gegen die Verunreinigung von Gewässern durch Nitrate getan hat. Aus globaler Sicht ist besorgniserregend, dass die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit bei der Stickstoffbelastung überschritten sind. Dies birgt große Risiken für die langfristige Stabilität von Ökosystemen. Wissenschaftler schätzen, dass es nötig ist, global die Umwandlung von Luftstickstoff bei der Düngemittelherstellung von derzeit etwa 120 Millionen Tonnen auf circa 60 Millionen Tonnen pro Jahr zu reduzieren, damit sich kritische Belastungsgrenzen einhalten lassen.

Der übermäßige Eintrag von reaktivem Stickstoff trägt erheblich zum Verlust von Biodiversität bei. Dabei wirken sich schon

sehr geringe Einträge ungünstig auf manche Arten und Ökosysteme aus. Wesentliche Mechanismen sind die Eutrophierung und die Versauerung. Beide verändern die Artenzusammensetzung, reduzieren die Artenanzahl und schwächen die Widerstandskraft gegenüber Störungen – zum Beispiel Trocken- und Froststress. Sichtbare Folgen sind etwa der Verlust artenreicher Wiesen und wildkräuterreicher Ackerrandstreifen, übermäßige Schaumbildung am Meeresufer aufgrund von Algenblüten und die Zunahme von stickstoffliebenden Pflanzen – wie Brombeeren oder Brennesseln – in Wäldern.

Zersplitterte Zuständigkeit bremst aus

Die mit Stickstoff verbundenen Umweltprobleme sind Gegenstand zahlreicher Politikinstrumente. Dennoch wird die Stickstoffproblematik nicht in ihrer gesamten Tragweite wahrgenommen und bearbeitet. Hauptgrund dafür ist, dass die Freisetzung von Stickstoffverbindungen eng mit den wirtschaftlichen Produktionsgrundlagen verbunden ist, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und Energie. Hinzu kommen politische und institutionelle Hemmnisse. Die rechtlichen Vorgaben und Zuständigkeiten innerhalb des Umweltbereichs sind fragmentiert: Auf die Synergien zwischen Gesundheits- und Biodiversitätsschutz, zwischen Gewässer-, Boden- und Klimaschutz und Luftreinhaltung wird unzureichend geachtet. Konflikte, zum Beispiel zwischen Bioenergiepolitik und Stickstoffproblematik, wurden nicht frühzeitig beachtet. Es gibt keine ausreichende Koordination der vernetzten Aufgaben zwischen den verschiedenen Ministerialabteilungen. Umweltaspekte werden von sektoralen

Verwaltungen zu wenig priorisiert: Die für Landwirtschaft, Verkehr und Energie zuständigen Ministerien sind gefordert, die Stickstoffproblematik zu entschärfen. Zum einen können bestimmte umweltrechtliche Ziele nur mithilfe von Maßnahmen in diesen Sektoren erreicht werden, zum anderen sind diese Ministerien teilweise direkt für die Umsetzung zentraler umweltpolitischer Instrumente zuständig – so das Bundeslandwirtschaftsministerium für die Düngeverordnung. Aus Sicht des SRU gewichten Verwaltungen – trotz gewisser positiver Veränderungen – häufig die wirtschaftlich relevanten Interessen der Verursacher zu stark gegenüber den Umwelt- und Naturschutzinteressen.

Stickstoffstrategie kann Impulse setzen

Die vom SRU empfohlene nationale Stickstoffstrategie bietet wichtige Ansatzpunkte, um die genannten politisch-institutionellen Probleme zu lösen: Sie kann eine politische Agenda setzen, ein Forum für politische und gesellschaftliche Diskussionsprozesse schaffen, einen übergeordneten Begründungsrahmen für politische Handlungsprogramme liefern und breit getragene Politikziele formulieren. Damit dient eine nationale Stickstoffstrategie als Basis für die Kooperation zwischen verschiedenen staatlichen und nicht staatlichen Akteuren. Die Strategie sollte zudem enge Bezüge zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt herstellen. Sie kann außerdem einen Beitrag dazu leisten, die Ziele des 7. Umweltaktionsprogramms der EU umzusetzen und langfristig neue Impulse für die europäische Umweltpolitik zu geben.

In der nationalen Stickstoffstrategie sind stickstoffrelevante Ziele zu bündeln und das Zielsystem weiterzuentwickeln. Als Leitgröße sollte ein übergeordnetes Ziel für den noch akzeptablen Gesamteintrag von reaktivem Stickstoff in die Umwelt in Deutschland definiert werden. Dieses übergeordnete Ziel sollte sich an der Belastbarkeit der Ökosysteme orientieren und in einem interaktiven Prozess unter Beteiligung von Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen festgelegt werden. Das übergeordnete Ziel

ist mit Zielen für den Stickstoffeinsatz in der Landwirtschaft und für Stickstoffemissionen aus dem Verkehrs- und Energiesektor zu unterlegen. Es ist davon auszugehen, dass in Deutschland mindestens eine Halbierung der Stickstoffeinträge notwendig ist, um nationale und europäische Qualitätsziele erreichen zu können.

Stickstoff als Querschnittsthema

Die Stickstoffstrategie muss bestehende Maßnahmen und Regelungen zur Stickstoffminderung zusammenführen und den weiteren mittel- und langfristigen Handlungsbedarf identifizieren. Sie sollte durch ein ambitioniertes Maßnahmenprogramm unterlegt und im Rahmen eines regelmäßigen Monitorings überprüft werden. Außerdem braucht die Strategie, die politisch hochrangig verankert sein muss, ausreichend finanzielle und personelle Mittel und eine enge Kooperation mit den Bundesländern und gesellschaftlichen Akteuren. Ein erster Schritt hin zu einer integrierten Stickstoffstrategie wäre, dass die Stickstoffproblematik einen Schwerpunkt im nationalen Umweltprogramm 2030 bildet.

Das Ausmaß der Umweltwirkungen durch reaktive Stickstoffverbindungen ist regional und lokal sehr unterschiedlich. Eine medienübergreifende Stickstoffstrategie muss daher auf mehreren, sich ergänzenden Handlungsansätzen beruhen.

► Die Hintergrundbelastung ist zu reduzieren.

Die Emissionen reaktiver Stickstoffverbindungen müssen flächendeckend deutlich gemindert werden, um empfindliche terrestrische Ökosysteme, die Meere und die menschliche Gesundheit zu schützen. Zum anderen sind Einträge in biologische Hotspots und empfindliche Gebiete zu verringern. In bestimmten Regionen Deutschlands fallen sehr hohe Stickstoffüberschüsse aus der Landwirtschaft an. In verkehrsreichen Ballungsräumen ist die Luft teilweise stark durch Stickstoffdioxid belastet. Andere Gebiete, beispielsweise Hochmoore, sind besonders empfindlich gegenüber Stickstoffeinträgen und müssen entlastet werden. Ansatzpunkte dafür bieten beispielsweise die Luftreinhalteplanung und die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie.

► Ökosysteme müssen durch naturschutzfachliche Maßnahmen stärker geschützt werden.

Wo die Maßnahmen zum Schutz empfindlicher Gebiete nicht ausreichen, sollten ergänzend naturschutzfachliche Managementmaßnahmen ergriffen werden. Beispielsweise lässt sich auch mit bestehenden Rechtsvorschriften im Rahmen des lokalen Schutzgebietsmanagements die landwirtschaftliche Düngung einschränken. Um Naturschutzgebiete herum können Pufferzonen eingerichtet werden, in denen das Land nur unter Auflagen bewirtschaftet werden darf. Auch Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes und Agrarumweltmaßnahmen können Stickstoffeinträge reduzieren und die Auswirkungen von nicht vermeidbaren Stickstoffeinträgen mindern.

► Bislang wenig belastete Gebiete sind zu bewahren.

Hier haben sich Arten und Ökosysteme erhalten, die durch eine zunehmende Stickstoffbelastung gefährdet wären. Deshalb ist es hier besonders wichtig, keinen weiteren Anstieg der Stickstoffeinträge zuzulassen.

Die Notwendigkeit einer deutlichen Verminderung der Stickstoffeinträge ist lokal und global unumstritten. Deutschland ist bei der Stickstoffproblematik alles andere als ein Vorreiterland. Dies sollte sich auf der Basis einer integrierten Stickstoffstrategie grundlegend ändern.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Annette Volkens arbeitet seit 2013 beim SRU, vor allem zu umweltpolitischen Steuerungsinstrumenten und Strategien.



Der Verwaltungs- und Politikwissenschaftler Dr. Christian Hey ist Generalsekretär des SRU.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 263696-0,
E-Mail: annette.volkens@umweltrat.de,
E-Mail: christian.hey@umweltrat.de,
www.umweltrat.de

Handelspolitik

Stopp TTIP: Eine europäische Bewegung formiert sich

Nicht nur in Deutschland wächst der Widerstand gegen das EU-USA-Freihandelsabkommen

Knapp 200 Aktivisten und Verbandsvertreter aus 26 Ländern füllten den Raum in einem Brüsseler Tagungshaus, pikanterweise in der Rue Washington gelegen, als sie Anfang Februar zu ihrem mittlerweile vierten Koordinationstreffen gegen TTIP zusammenkamen. Beeindruckende Lageberichte aus allen Ländern eröffneten das Treffen.
■ VON JÜRGEN MAIER, FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG

Ist die Opposition gegen TTIP ein deutsches Phänomen, dem der Rest Europas mit Unverständnis zusieht? Diesen Eindruck verbreiten die EU-Kommission und andere TTIP-Protagonisten gerne. Eine Eurobarometer-Umfrage ergab im November angebliche Pro-TTIP-Mehrheiten in ganz Europa außer in Deutschland und Österreich. Kein Wunder: Die Frage war lediglich, ob die Menschen grundsätzlich für ein Freihandelsabkommen mit den USA seien. Wie dieses Abkommen aussehen soll, war nicht Gegenstand der Umfrage, aber das ist nun mal die ausschlaggebende Frage. Der SPD-Chef und Wirtschaftsminister Gabriel verstieg sich beim Weltwirtschaftsforum in Davos gar zu der Aussage, das liege daran, dass Deutschland „reich und hysterisch“ sei. Wie so viele Behauptungen der TTIP-Lobby hat auch diese Aussage mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun. Längst ist die Opposition gegen TTIP ein EU-weites, ja sogar ein transatlantisches Phänomen.

Widerstand in West- und Osteuropa

Das kleine Luxemburg, das noch weit stärker als Deutschland von der Globalisierung ökonomisch profitiert, meldet: „In unserem Bündnis sind sämtliche Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen, Umweltverbände und Sozialverbände.“ Nominal haben sie mehr Mitglieder als Luxemburg überhaupt Einwohner hat – die meisten Luxemburger sind Mitglied in vielen Organisationen. Frankreich meldet freudig, der Senat (die zweite Parlamentskammer) habe soeben einstimmig eine Resolution beschlossen, das Investor-Staatschiedsgerichtsverfahren (ISDS) in TTIP

und anderen Abkommen abzulehnen. An einem lokalen Aktionstag beteiligten sich Gruppen in über 100 Städten. Dutzende von Städten und 13 Regionen haben sich zu „TTIP-freien Zonen“ erklärt.

In Belgien hat der öffentliche Druck bewirkt, dass die Koalitionsregierung Walloniens erklärt hat, sie werde TTIP nicht ratifizieren. So wie in Deutschland der Bundesrat beteiligt werden muss, so müssen in Belgien die Regionen Wallonien und Flandern neben dem Parlament zustimmen, um einen völkerrechtlichen Vertrag zu ratifizieren. Ein Riesenthema ist TTIP auch in Großbritannien: Zentrales Thema ist der befürchtete Privatisierungsdruck auf den National Health Service (NHS, das staatliche Gesundheitssystem Großbritanniens). An den NHS wagte sich nicht einmal Maggie Thatcher. Das lässt erahnen, welch heißes Eisen das ist. Weil Konservative und Labour einträchtig pro TTIP sind, legen alle anderen Parteien zu, von Grünen bis schottischen Nationalisten, von der nordirischen Sinn Féin bis UKIP – selbst die fast schon totgesagten Liberaldemokraten, die mit Cameron in einer Koalition regieren. Allmählich fängt TTIP an, zum Sargnagel des britischen Zweiparteiensystems zu werden.

Aber auch in den Ländern mit traditionell weniger engagierter Zivilgesellschaft wird TTIP immer mehr zum Streitthema. In Osteuropa überlassen die Regierungen die Pro-TTIP-Werbung weitgehend der EU-Kommission und den US-Botschaften, was die Glaubwürdigkeit des Projekts nicht gerade erhöht. Slowenien, Kroatien, Rumänien, selbst Ungarn und Bulgarien melden rasch wachsende Kampagnenbündnisse gegen TTIP. In Polen, Tschechien, der

Slowakei und dem Baltikum passiert noch nicht viel. Die TTIP-Opposition mag dort noch klein sein, die TTIP-Lobby ist es allerdings auch: Die Debatte hat schlicht noch gar nicht begonnen. Während es das Interesse der TTIP-Gegner ist, sie loszutreten, unter anderem mithilfe der Unterschriftensammlungen für die selbst organisierte „Europäische Bürgerinitiative“, versucht die TTIP-Lobby genau dieses möglichst zu vermeiden.

Freihandel und Wertegemeinschaft?

Das Argument, man brauche TTIP gegen Putin, dominiert die spärliche öffentliche Auseinandersetzung in Osteuropa noch, dürfte aber rasch an Gewicht verlieren, wenn sich die Diskussion versachlicht. Warum Putin beeindruckt sein soll, wenn die Europäer jetzt alle gemeinsam Hormonfleisch essen oder multinationalen Konzernen Sonderklagerechte einräumen, ist rational kaum erklärbar. Merkels Angebot an Putin in Davos, bei einer Ukraine-Krisenlösung auch ein Freihandelsabkommen mit Russland anzustreben, stellt erst recht die Frage, ob „Wertegemeinschaften“ wirklich die Basis von Freihandelsabkommen sind.

In Finnland hat ein mit 15 Organisationen noch kleines Netzwerk in den sozialen Medien einen Riesensturm losgetreten, der mittlerweile auf die traditionellen Medien übergreift. Selbst Straßenaktionen, in Finnland ein sehr rares Phänomen, finden zu TTIP statt und erzielen viel Resonanz. Anders dagegen die anderen skandinavischen Länder Schweden und Dänemark, aber auch die Niederlande: Die neoliberale Ideologie hat in diesen Ländern auch Sozialdemokraten und Gewerkschaften

so weit politisch entkernt, dass selbst die Zivilgesellschaft lethargisch geworden ist. Den wenigen Dänen und Schweden – einst stolze Vorbilder für eine aktive demokratische Gesellschaft – war es beim Brüsseler Treffen sichtlich peinlich, dass sie sich als Schlusslichter outen mussten.

Wachstum, Deregulierung, TTIP

In den Krisenstaaten beginnt die Öffentlichkeit zunehmend, Verbindungen zwischen der Austeritätspolitik der Eurozone und dem geplanten Deregulierungsabkommen TTIP zu ziehen. Die Kampagne gegen TTIP startete in Irland genauso wie in Finnland zunächst hauptsächlich in den sozialen Medien. Als die rechte irische Koalitionsregierung eine Wassersteuer einführen wollte und sich gemeinsam mit dem Unternehmen Veolia für eine weitere Privatisierung der Wasserwerke aussprach, gab es wütende Proteste und die Verbindung zu TTIP war hergestellt. Mittlerweile mobilisieren auch die Gewerkschaften gegen TTIP. In Spanien sind die konservative Volkspartei und die Sozialisten klar pro TTIP, aber in der Öffentlichkeit immer stärker in der Defensive – die rasch wachsende Protestbewegung Podemos und die regionalistischen Parteien unterstützen die TTIP-Opposition. Für die am Jahresende anstehenden Wahlen ist es mittlerweile nicht mehr ausgeschlossen, dass wie in Griechenland sowohl Konservative als auch Sozialisten gemeinsam in die Opposition geschickt werden.

Apropos Griechenland: Syriza hat schon angekündigt, sie werde TTIP „nie-mals“ ratifizieren. Beim Brüsseler Treffen war die Kollegin aus Griechenland in einer bemerkenswerten Situation. Nein, eine Bewegung gegen TTIP gebe es in Griechenland nicht, meinte sie, TTIP werde nur als Randphänomen einer grundsätzlich verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik gesehen. Die gelte es zu bekämpfen, sagte sie, und gemeinsam mit dieser Politik wandere TTIP natürlich mit in die Mottenkiste der Geschichte.

So ist es in der Tat absehbar, dass die ganze Auseinandersetzung über TTIP in weiten Teilen Europas den Niedergang

des traditionellen Parteiensystems beschleunigen wird, vor allem auf Kosten der Sozialdemokratie, und eine selbstbewusste Zivilgesellschaft sich in einer Weise politisiert wie schon lange nicht mehr. Tiefes Misstrauen gegen die abgehobenen und intransparenten Machenschaften einer Brüsseler Kommissionsbürokratie, gegen die viel beschworene „transatlantische Partnerschaft“ und gegen die Heilslehren der Deregulierung und Globalisierung ist letztlich die Grundlage, auf der sich die Opposition gegen TTIP quer durch Europa so rasch ausbreitet, und der Grund, warum die TTIP-Lobby feststellen muss, dass sie gerade dabei ist, die selbst ausgerufene „PR-Schlacht um TTIP“ zu verlieren. Nur an Skandinavien und in gewisser Weise an den Niederlanden scheint diese gesamteuropäische Stimmungslage bisher vorbeizuziehen. Dort sind Neoliberalismus und Deregulierung noch keine Schimpfworte. Und so gibt es in der TTIP-Kontroverse keine „deutsch-österreichische Sonderrolle“, sondern allenfalls eine skandinavische. Ist es Zufall, dass die neue liberale Handelskommissarin aus Schweden kommt? Vielleicht. Aber diese Tatsache trägt sicherlich auch nicht dazu bei, dass man in der Generaldirektion Handel der EU-Kommission irgendwann begreift, warum eine demokratische europäische Öffentlichkeit TTIP immer mehr ablehnt.

Dieser Text ist zuerst erschienen im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung: W&E 02/2015.

► www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org

Jürgen Maier ist seit 1996 Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung. Er leitete eine Reihe handelspolitischer NGO-Projekte.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-
88,
E-Mail: chef@forumue.de,
www.forumue.de



sez
Sitzung Entwicklungs-
Zusammenarbeit
Baden-Württemberg

Messe Stuttgart
Mitten im Markt

Partner:
Baden-Württemberg
STAATSWIRTSCHAFT

FAIR HANDELN

Internationale Messe für
Fair Trade und global ver-
antwortungsvolles Handeln



VON AFRIKA BIS ZERTIFIZIERUNG

Die FAIR HANDELN ist eine Messe für alle, die sich engagiert für ein global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln einsetzen. Sie stellt einen Marktplatz dar für Fachbesucher und Endverbraucher und zeigt das Spektrum von fair gehandelten Produkten, Nahrungsmitteln bis hin zu Textilien, Kosmetik und Kunst. Mit ihren zahlreichen Bildungsveranstaltungen, Forumsbeiträgen und Podiumsdiskussionen ist sie die Leitmesse für den Fairen Handel in Deutschland.

Ausstellungsbereiche:

- Fairer Handel
- Entwicklungszusammenarbeit
- Nachhaltiges Finanzwesen
- Nachhaltiger Tourismus
- Corporate Social Responsibility

9. – 12. April 2015

Messe Stuttgart
www.fair-handeln.com

Donnerstag 14 bis 22 Uhr
Freitag – Sonntag 10 bis 18 Uhr

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallpaket

Gezerre um den Rückzug

■ Der wohl umstrittenste Punkt des neuen Arbeitsprogramms 2015 der EU-Kommission geht in die letzte Runde: Die offizielle Entscheidung, ob das Abfallwirtschaftspaket zurückgezogen wird, steht vor dem Abschluss.

Obwohl das Arbeitsprogramm keine offizielle Zustimmung von EU-Parlament und -Rat braucht, hatte Vize-Kommissionspräsident Frans Timmermans bei der Vorstellung des Programms im Dezember nach den Standpunkten der beiden Institutionen gefragt. Diese fielen deutlich aus: Die MinisterInnen des Umweltrats bekräftigten die Weiterarbeit an dem Abfallwirtschaftspaket und schlossen damit einen Rückzug aus. Auch die Mehrheit der EU-ParlamentarierInnen stimmte für die Fortführung, auch wenn sie sich nur auf fraktionsbezogene Resolutionen einigen konnten (umwelt aktuell 02/2015, S. 9).

Entgegen der Stellungnahme des Umweltministerrats hat der Rat zu allgemeinen Angelegenheiten dem Arbeitsprogramm der Kommission Mitte Februar offiziell zugestimmt – und damit auch dem Widerruf des Abfallpakets. Dabei betonte der lettische Außenminister Edgars Rinkevics nach dem Ratstreffen mit der Kommission, dass der Rat keine Rücknahme wünsche. „Ich denke, die Kommission hat alle notwendigen Hinweise vom Rat erhalten“, fügte er hinzu.

Wie die Kommission nun entscheiden wird, ist offen. „Mit der Rücknahme des Pakets würde die Kommission ein klares Signal an die Europäerinnen und Europäer senden, dass sie einen ideologischen Kreuzzug führen ohne Beweise, Argumente und Fakten“, sagte der Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros (EEB) Jeremy Wates.

Auch viele Umweltverbände und Teile der Industrie haben sich für eine Fortführung des Abfallpakets ausgesprochen. Vier Umweltverbände hatten Anfang Februar

von der Kommission eine Offenlegung der Analyse zum Abfallpaket gefordert, die eine Rücknahme rechtfertigt und konkrete Verbesserungsvorschläge enthält. Dieser Forderung ist Timmermans nicht nachgekommen. [es]

- ▶ EU-Rat Allgemeine Angelegenheiten: www.consilium.europa.eu/en/meetings/gac/2015/02/10
- ▶ www.kurzlink.de/EEB-Letter-Wastepack
- ▶ Brief der Umweltverbände: www.kurzlink.de/Brief-NGOs-Wastepack

Schiffsverschrottung**EU-Schiffe umschiffen
Abwrackung**

■ Die bevorzugten Schrottplätze für veraltete Schiffe aus der Europäischen Union sind in Indien, Bangladesch und Pakistan. Trotz der EU-Verordnung zum Schiffsrecycling wurden 2014 über 200 EU-Schiffe außerhalb der EU abgewrackt oder für eine letzte Fahrt unter fremder Flagge an Dritte veräußert.

Die Umwelt-NGO Shipbreaking Platform, ein weltweites Netzwerk von Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen, hat eine vollständige Liste aller Reedereien und deren Schiffe, die 2014 zur Abwrackung gingen, veröffentlicht. Die Schiffe werden direkt auf den Stränden von Indien, Pakistan und Bangladesch zerlegt, ohne dass die dortigen Schrottanlagen internationalen Standards entsprechen. Materialien wie Asbest, Schwermetalle, Ölrückstände und organische Abfälle können auf den Stränden nicht vollständig aufgefangen oder sicher entfernt werden.

Patrizia Heidegger, Geschäftsführerin der Shipbraking-Plattform sagte: „Reeder verkaufen ihre Schiffe auf die Strände, weil sie dort mehr Profit machen, als wenn sie mit modernen Schiffsrecyclinganlagen zusammenarbeiten würden.“ Deshalb müsse die EU Anreize für Reeder schaffen, Schiffe ordentlich zu recyceln. Ansonsten nehme die Registrierung

unter Billigflaggen wie St. Kitts und Nevis oder den Komoren für die Abwrackung noch weiter zu.

Bis Ende 2016 will die EU-Kommission eine Liste mit angemessenen Recyclinganlagen zusammenstellen. [mk]

- ▶ www.kurzlink.de/Shipbreak-EU-Abwrack

Endokrine Disruptoren**Druck auf EU-Kommission
wächst weiter**

■ Die EU-Kommission muss schnellstmöglich Kriterien zur Klassifizierung von hormonell wirksamen Chemikalien, sogenannte endokrine Disruptoren (EDC), aufstellen. Das fordern der EU-Ministerrat und das EU-Parlament und unterstützen damit die Klage von Schweden vor dem europäischen Gerichtshof.

Die EU-Kommission war nach der Biozidverordnung dazu verpflichtet, bis Ende 2013 einen Kriterienkatalog für EDC zu veröffentlichen, ist dem aber bisher nicht nachgekommen. Sie beantragte vorerst ein Folgenabschätzungsverfahren, das immer noch läuft. Deshalb wirft Schweden der Kommission eine Verletzung der Biozidverordnung vor. Auch unterscheidet sie nicht zwischen den tatsächlichen wissenschaftlichen Eigenschaften von EDC und den ökonomischen Auswirkungen auf eine Substanz, die als EDC deklariert werde.

Zahlreiche EU-ParlamentarierInnen unterstützen die Kritik aus Schweden und schickten im Februar einen Beschwerdebrief an Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis.

Umweltorganisationen befürchten einen zu schwachen Kriterienkatalog von EDC. Nach der Schließung einer öffentlichen Konsultation zu diesem Katalog Anfang Februar zieht die EU-Kommission vier Definitionsmöglichkeiten in Betracht. Laut einer Studie des Pestizid Aktionsnetzwerks Europas (PAN Europe) würden nur 7 von 31 eingesetzten Pestiziden in Europa unter die Regulierung fallen.

Die Kosten für negative gesundheitliche Auswirkungen von EDC in der Europäischen Union werden auf 2,1 Milliarden Euro geschätzt. Die Umwelt- und Gesundheitsorganisation HEAL betont deshalb den erforderlichen Schutz der öffentlichen Gesundheit, indem Kategorien für Substanzen aufgestellt werden, bei denen nachteilige Auswirkungen festgestellt worden oder wahrscheinlich sind. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/EDC-Schweden-Klage
- ▶ Brief der EU-ParlamentarierInnen: www.endseurope.com/docs/150126a.pdf
- ▶ Stellungnahme PAN Europe: www.pan-europe.info/News/PR/150120.html
- ▶ www.kurzlink.de/EDC-Studie-Kosten
- ▶ Stellungnahme HEAL: www.env-health.org/IMG/pdf/heal_submission_public_consultation.pdf

Pestizide

20 Prozent unter Kontrolle

■ ExpertInnen der EU-Mitgliedstaaten werden 20 Prozent der auf dem Markt gehandelten Pestizide auf möglichen Ersatz durch weniger schädliche Produkte untersuchen. Die EU-Kommission hatte die 77 Stoffe aufgrund ihrer Giftigkeit und Langlebigkeit in der Umwelt ausgewählt. In den kommenden Jahren müssen nationale Behörden nach möglichen Ersatzstoffen oder nicht chemischen Methoden für einen besseren Schutz ihrer Erntepflanzen suchen.

Diese Vergleichstests werden ab dem 1. August für die neu aufgenommenen Stoffe verpflichtend sein. Hans Muilerman vom Pestizid Aktions-Netzwerk Europa (PAN Europe) hält die Anzahl der Pestizide auf der Liste für zu ersetzende Stoffe für angemessen, fordert allerdings, dass einige fortpflanzungsgefährdende Substanzen direkt verboten werden sollten.

Die EU-Kommission hingegen betonte, dass die Aufnahme auf die Liste für zu ersetzende Stoffe nicht einem Verbot der Pestizide gleichkomme. Die Kommission hätte die Liste nach der Pestizidverordnung bereits im Dezember 2013 veröffentlichten müssen. [es]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Search: IP/15/3743)
- ▶ Hintergrund zur Pestizidzulassung: www.ec.europa.eu/food/plant/pesticides/approval_active_substances

Mikroplastik

Mehr Regulierung gefordert

■ Der Deutsche Bundestag hat Ende Januar den Antrag der Grünen über die Freisetzung von Mikroplastik angenommen. Die Fraktion fordert die Bundesregierung dazu auf, eine geregelte Entsorgung von Mikroplastik sicherzustellen, einen Ausstieg aktiv zu unterstützen und die Forschungsaktivitäten zu intensivieren. Außerdem soll die Öffentlichkeit regelmäßig über die Ergebnisse ihres Dialogs mit der Wirtschaft informiert werden. Die Bundesregierung müsse gegebenenfalls weitere Schritte einleiten.

Zuvor hatte das Umweltbundesamt vor den negativen Umweltauswirkungen von Plastikpartikeln in Kosmetika gewarnt. Das Mikroplastik in Kosmetikprodukten wie Sonnencremes, Make-up, Shampoo oder Handcremes kann in Klärwerken nicht gefiltert werden. Dadurch gelangt es mit dem Abwasser in Flüsse und Meere oder mit dem Klärschlamm auf die Äcker. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) listet in einem Einkaufsratgeber Hunderte dieser Produkte auf. Martin Ruppmann, Geschäftsführer des Kosmetik-Verbandes, sagt dagegen, dass nur wenige Produkte Mikroplastik in Form fester Kunststoffpartikel enthalten. [jb]

- ▶ Antrag der Grünen: www.dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/037/1803734.pdf
- ▶ Protokoll des Bundestages: www.kurzlink.de/butag-mikroplast2015
- ▶ www.kurzlink.de/BUND-Kosmetikratgebe
- ▶ www.greenpeace-magazin.de (28.1.2015)

Umwelt darf keine „leere Hülse“ sein.

Bei »GreenTube« ist Nachhaltigkeit im Rohr.

»GreenTube«, die neue, umweltfreundliche Bionik-Serie von ALPHACAN Omniplast. www.green-tube.de und www.alphacan-omniplast.de

Gefährliche Chemikalien

Streit um Grenzwert in REACH

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) stand in den vergangenen Wochen in der Kritik: Die Aufnahme von gefährlichen Stoffen in den Chemikalienkatalog REACH und deren Regulierung müssen verbessert werden, hatten EU-Mitgliedstaaten und InteressenvertreterInnen bemängelt.

In REACH ist für besonders besorgniserregende Stoffe eine Obergrenze von 0,1 Prozent festgeschrieben. Wird diese in einem Produkt überschritten, muss der betroffene Hersteller eine Ausnahme bei ECHA beantragen. Uneinigkeit besteht darin, ob der Prozentsatz für das gesamte Produkt gilt oder auch für einzelne Elemente innerhalb des Produkts angewendet werden kann. Zwei französische Industriegruppen sind mit dieser Frage vor den europäischen Gerichtshof gezogen, dessen Entscheidung noch aussteht.

Die bis Ende April laufende Konsultation zu REACH zeigt bisher, dass alle EU-Mitgliedstaaten Handlungsbedarf bei dieser rechtlichen Grauzone sehen. Was jedoch genau geändert werden müsse, ist noch nicht formuliert. Die Europäische Kommission schlägt vor, die Zeit, bis die Stoffe in den Produkten ersetzt werden müssen, auf fünf Jahre zu verlängern, um

ausreichend Zeit zu haben, die Regulierung anzupassen.

Außerdem sei der Registrierungsprozess insgesamt zu teuer und ein zu hoher bürokratischer Aufwand für Unternehmen, der eine Benachteiligung auf dem Markt nach sich ziehe, kritisierten Mitgliedstaaten und die EU-Kommission. Geert Danet, Direktor der ECHA, verteidigte hingegen das Verfahren und sagte, dass durch die Registrierung spürbar mehr gefährliche Stoffe durch weniger gefährliche ersetzt würden. Die ECHA will nun weiter an der Vereinfachung des Verfahrens arbeiten und mehr Transparenz schaffen. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/ECHA-REACH-Kritik-GW
- ▶ www.kurzlink.de/Konsultation-REACH

Nanotechnik

Sicherer Umgang am Arbeitsplatz

■ Die Europäische Kommission hat Ende 2014 zwei Leitfäden zum sicheren Umgang mit Nanomaterialien an Arbeitsplätzen veröffentlicht.

Der Leitfaden „FAQs zu möglichem Gefahrenpotenzial, Exposition und Risikomanagement“ wendet sich direkt

an Personen, die an ihrem Arbeitsplatz mit Nanomaterialien zu tun haben und beantwortet häufig gestellte Fragen zum möglichen Gefahrenpotenzial, zu Exposition und Risikomanagement solcher Substanzen.

Der Leitfaden „Unterstützung bei betrieblichen Arbeitssicherheitsmaßnahmen“ soll speziell das verantwortliche Sicherheitspersonal bei betrieblichen Arbeitssicherheitsmaßnahmen unterstützen.

Beide Broschüren stehen als Download gratis auf der Webseite des NanoInformationsPortals zur Verfügung. [Quelle: UWD]

- ▶ www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/cont.pl?contentart=eunews&id=4952
- ▶ www.nanoinformation.at/arbeitswelt.html

Stickstoffdioxidausstoß

Ohne Minderung droht Strafe von der EU

■ Viele deutsche Städte und Gemeinde müssen ihre Luftqualität verbessern. Das gilt insbesondere für den Ausstoß von Stickstoffdioxid. Ab Anfang dieses Jahres sind alle Kommunen verpflichtet, den Grenzwert einzuhalten. Verstöße will die EU bestrafen.



Wie sich Zukunft gestalten lässt

Wenn immer es um Zukunftsfragen geht, kommt man an Harald Welzer nicht vorbei, er gilt als einer der wichtigsten Vordenker einer »anderen Moderne«. Mit Bernd Sommer legt er nun das erste umfassende Konzept für den gesellschaftlichen Wandel vor: Wie lässt sich eine Kultur des Weniger gestalten? Liegt die Lösung in einer Wiederentdeckung alter Sozial- und Wirtschaftsformen? Das Buch liefert eine spannende Vision unserer Zukunft – sie wäre genügsamer, aber auch stabiler, und sie wäre ein Gewinn an Lebensqualität durch Befreiung von Überfluss.

H. Welzer, B. Sommer

Transformationsdesign

Wege in eine zukunftsfähige Moderne

240 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-662-7

Die guten Seiten der Zukunft



Stickstoffdioxid wird hauptsächlich durch Abgase von Autos und Lkws im Straßenverkehr produziert und trägt zum Treibhausgasereffekt bei. Eine mögliche Minderungsmaßnahme ist die Einführung von Umweltzonen. Davon gibt es inzwischen 50 in Deutschland, zwei neue seit dem 1. Januar.

Das Umweltbundesamt (UBA) setzt sich für eine Ausweitung der Umweltzone auf Baumaschinen, Dieselloks, Binnenschiffe und weitere Verkehrswege ein, da bereits 90 Prozent der Autos den Abgasstandards gerecht werden.

Auch könnten sich deutsche Städte das Pariser Programm als Vorbild nehmen. Der französische Vorschlag enthält konkrete Anreize für den Umstieg auf umweltverträglichere Verkehrsmittel. „Satte Zuschüsse für den Kauf eines Fahrrades oder die kostenlose Nutzung von Bus und Bahn für alle, die ihr altes Auto abschaffen – dies sind erstaunlich positive Vorschläge für eine Verbesserung der Pariser Luft. Viele deutsche Städte, die mitunter ihre Machtlosigkeit bei Grenzwertüberschreitungen beklagen, können sich hiervon eine Scheibe abschneiden“, sagte dazu NABU-Leiter Verkehrspolitik Dietmar Oeliger. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/UBA-NO2-Grenzwerte
- ▶ Umweltverbände zum Pariser Luftprogramm: www.kurzlink.de/NGOs-Paris-Luftprogr

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Post-2015-Agenda

EU-Kommission will globale Kooperation

■ Anfang Februar hat die Europäische Kommission ihre Prioritäten für die Post-2015-Agenda präsentiert. Sie formulierte erforderliche Anstrengungen zur Beseitigung der globalen Armut und zur Stärkung der nachhaltigen Entwicklung.

In der Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen (UN) sollen Ziele für nachhalti-

ge Entwicklung (Sustainable Development Goals) die Millenniumsentwicklungsziele, die bis 2015 gelten, ablösen. Im September wollen die Vereinten Nationen die Post-2015-Agenda verabschieden.

Die Kommission setzt Schwerpunkte insbesondere auf Kapazitätsausbau, den effizienten Einsatz von öffentlichen Finanzmitteln, die Rolle von Handel und Technologie, die positiven Auswirkungen von Migration und die Ausschöpfung von Privatwirtschaft sowie natürlicher Ressourcen. Alle Länder müssten sich unabhängig vom eigenen Entwicklungsstand an der Erreichung der globalen Ziele beteiligen.

Zudem unterstützt die Kommission den Aufruf des Generalsekretärs der UN, alle Industrieländer sollen mit 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens die öffentliche Entwicklungshilfe unterstützen und die übrigen Länder ihren Beitrag zur internationalen Finanzierung aufstocken und dafür Ziele und Fristen definieren.

Die Mitteilung ist die Grundlage der EU-Position für die dritte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im Juli in Addis Abeba und für das UN-Gipfeltreffen über die Post-2015-Agenda im September in New York. Im Dezember 2014 hatten der EU-Ministerrat und die Bundesregierung ihre Positionen für die Post-2015-Agenda vorgelegt (umwelt aktuell, 02/2015, S. 11f.). [as, ej]

- ▶ Mitteilung der Kommission: www.ec.europa.eu/news/2015/02/20150205_de.htm
- ▶ Ausführliches Positionspapier der Kommission: www.ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/com-2015-44-final-5-2-2015_en.pdf

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Klimakonferenz in Genf

Aus Konsens werde Vertrag

■ Mitte Februar haben sich Klimadiplomaten aus allen Teilen der Welt in Genf zu einer von drei Vorbereitungskonferenzen für den COP21-Klimagipfel in Paris Ende des Jahres getroffen. Während des Treffens in Genf soll aus dem Konsens von Lima ein Vertragsentwurf entstehen. Außerdem wurde der Arbeitsplan bis Dezember vorgestellt.

Der knapp 40-seitige Text der Lima-Konferenz von Dezember 2014 sollte ursprünglich gestrafft und in einen Vertragsentwurf gebracht werden. Stattdessen gibt es nun einen fast 90 Seiten langen Text, mit teils widersprüchlichen und mehrfach aufgeführten Positionen der Länder. Für Einsparverpflichtungen, Verbindlichkeiten und Finanzierungsmodelle sei es noch zu früh, sagte der Klimaexperte Sven Harmeling von der Entwicklungsorganisation CARE dem Umweltnachrichtendienst klimaretter.info. Der Text wird nun in sechs Sprachen übersetzt und gilt als Entwurf für einen weltweiten Klimavertrag, der im Dezember 2015 in Paris abgestimmt werden soll.

Ein strittiger Punkt auf der Konferenz war die Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Staaten, die in die Kategorie der Industrieländer eingeordnet werden, müssen mehr Anstrengungen unternehmen und bis zum Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar in den UN-Klimafonds einzahlen.

Zusätzlich zu den Verhandlungen wurde der Arbeitsplan veröffentlicht. Er enthält neben den Zielen und Arbeitsabläufen zur Vorbereitungskonferenz auch Details für weitere Verhandlungsstationen in den kommenden Monaten. Vom 3. bis 14. Juni findet in Bonn eine weitere Verhandlungsrunde statt. In der zweiten Jahreshälfte 2015 sollen laut Arbeitsplan noch zwei weitere Treffen stattfinden: Ein erstes Treffen ist für Ende August und ein zweites Treffen für Mitte Oktober geplant. [mk] ▶

- ▶ www.kurzlink.de/Arbeitsplan-COP21
- ▶ www.kurzlink.de/Harmeling_zu_COP21
- ▶ www.kurzlink.de/kr16022015

Onlinepetition

Mitmachen bis Paris

■ Das Kampagnennetzwerk Avaaz möchte bis zum Pariser Weltklimagipfel im Dezember drei Millionen Unterschriften für eine weltweite Energiewende sammeln. Laut den InitiatorInnen der Aktion ist bis 2050 der Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien nötig. Ziel sei es, politische Entscheidungsträger zu einer sauberen Zukunft zu verpflichten. Die Onlinepetition wurde bereits dem UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und dem französischen Präsidenten François Hollande überreicht. Für Ricken Patel, Gründer und Chef von Avaaz, ist die Klimarettung eine Frage der weltweiten Gerechtigkeit. In der Petition ruft er auf, den Umstieg fair zu gestalten und die anfälligsten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Denn der Klimawandel könne außer Kontrolle geraten und alles, was uns am Herzen liege, gefährden. „Ich kann ganz ehrlich sagen, dass dies die wichtigste Petition ist, die wir je gestartet haben“, betonte er. [mk]

- ▶ www.kurzlink.de/Avaaz-Petition-2015

Klimaschädliche Subventionen

G20 hält nicht, was sie verspricht

■ 39 Nichtregierungsorganisationen, darunter CAN Europe, haben die FinanzministerInnen der G20-Staaten im Februar in Istanbul dazu aufgefordert, Subventionen für fossile Brennstoffe abzubauen.

Vor fünf Jahren hatten die G20 angekündigt, klimaschädliche Subventionen abzubauen. Seitdem ist wenig passiert. Allein Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien haben zwischen 1999 und 2011 68 Milliarden Euro für die Subventionen fossiler Brennstoffe ausgegeben.

„Die Welt kann nicht die Mehrheit der Vorkommen fossiler Brennstoffe verwenden und zugleich das Klima stabil halten. Die EU-Finanzminister sollten eine führende Rolle haben, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die G20 unmittelbare Schritte unternehmen, um Subventionen fossiler Brennstoffe abzubauen. Das wird der EU erlauben, ihre Rolle in internationalen Klimaverhandlungen zu stärken und die Chancen auf ein erfolgreiches Klimaabkommen in Paris erhöhen“, sagte Wendel Trio, Direktor von CAN Europe.

Der Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe würde außerdem Gelder für nationale und internationale Klimaschutzmaßnahmen generieren, die für eine erfolgreiche Bekämpfung des Klimawandels unbedingt benötigt würden. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/caneurope-g20-sub

Klimawandel

Geo-Engineering ist keine Antwort

■ Die National Academy of Sciences hat befunden, dass es bei der Bekämpfung des Klimawandels keine Alternative zur Reduktion von Treibhausgasen gibt. Zu diesem Schluss kamen die WissenschaftlerInnen bei einer Bewertung von sogenannten Klimainterventionsmaßnahmen, besser bekannt als Geo-Engineering. Die National Academy bewertete Methoden wie die Entfernung von Kohlendioxid aus der Atmosphäre zwar als sinnvoll, die Wissenschaft brauche jedoch noch Jahrzehnte, bis die Technologie ausgereift sei. Eine andere Position hat die Akademie jedoch, wenn es um die sogenannte Albedo-Modifizierung geht. Die Methode zielt darauf ab, die Reflexion der Erde und Wolken von Sonnenlicht zu erhöhen. Laut Studie birgt diese Methode hohe Risiken für die Umwelt. Die Albedo-Modifizierung habe unkalkulierbare sozioökonomische Folgen und sei mit sehr hohen Kosten verbunden. Außerdem kann die Technologie den Erderwärmungseffekt durch CO₂-Konzentration nur zeitweise aufhalten.

Die Vorsitzende des für die Studie verantwortlichen Ausschusses, Marcia McNutt, sagte hierzu: „Allein die Tatsache, dass WissenschaftlerInnen technologische Interventionen in Betracht ziehen, sollte ein Zeichen sein, dass wir jetzt mehr machen müssen, um Emissionen zu reduzieren. Das ist der effektivste und sicherste Weg, um den Klimawandel zu bekämpfen.“ [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/notoengineering

Energieunion

Lettland positioniert sich

■ Auf einer Konferenz Anfang Februar unter der lettischen Ratspräsidentschaft in Riga hat die EU-Kommission erstmals ihre Ideen und Ansätze für eine künftige europäische Energieunion vor.

Maroš Šefčovič, Vizepräsident der EU-Kommission und verantwortlich für die neue Strategie, erklärte die Schwerpunkte der neuen Strategie zur Energieunion. Zunächst einmal soll die Versorgungssicherheit der EU gewährleistet werden. Derzeit werden 27 Prozent des Gasbedarfs aus Russland importiert. Gegen diese hohe Importabhängigkeit der EU setzt Šefčovič auf Solidarität unter den Mitgliedstaaten und eine Steigerung der Energieeffizienz. Weitere Ziele der neuen Strategie sind, einen einheitlichen Energiemarkt in der EU zu schaffen, die Dekarbonisierung voranzutreiben und Forschung und Innovation zu fördern.

Zudem solle der Abbau von Subventionen den hohen Energiepreisen für europäische VerbraucherInnen entgegenwirken. Derzeit sind zehn Prozent der EU-BürgerInnen nicht in der Lage, ihre Energierechnung zu zahlen. Zur Versorgungssicherheit nannte der Energie- und Klimakommissar Miguel Arias Cañete als ein Instrument die umstrittene Förderung von Schiefergas, das sogenannte Fracking.

Im März wird der Rat seine Schlussfolgerungen zur Strategie der Energieunion der EU-Kommission veröffentlichen. [lr]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Search: SPEECH/15/4225)
- ▶ www.europa.eu/rapid (Search: SPEECH/15/4221)

Energieeffizienz

Noch viel zu tun bis 2020

■ Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, hat im Februar neue Zahlen zur Energieeinsparung sowie zum Energieverbrauch in der EU veröffentlicht. Demnach haben die Mitgliedstaaten noch einiges vor sich, wenn sie das Einsparziel von 20 Prozent bis zum Jahr 2020 erreichen wollen.

Die jüngsten Zahlen belegen, dass die Energieeinsparungen bei Primärenergie 2013 11,9 Prozent erreichten, während die Einsparungen bei Endenergie bei 12,8 Prozent lagen. Der Primärenergieverbrauch ist zwischen 1990 und 2013 um 0,2 Prozent gefallen. Der Verbrauch von fossilen Energieträgern verringerte sich um 37,1 Prozent bei Kohle und 14 Prozent bei Öl. Der Verbrauch erneuerbarer Energien stieg um 175,7 Prozent, der von Gas um 32,1 Prozent und von Atomenergie um 10,3 Prozent. Der Primärenergieverbrauch erreichte 2006 seinen Höchststand und ist seitdem um 8,8 Prozent gefallen. Der Endenergieverbrauch ist zwischen 1990 und 2013 um 2,3 Prozent angestiegen.

Die EU-Kommission hatte vorausgesagt, dass das Energieeffizienzziel um ein bis zwei Prozentpunkte verfehlt werden könnte. Die Europäische Umweltagentur warnte davor, dass die Rezession der letzten Jahre Fortschrittswerte verzerren könnte und das Energieeffizienzziel erreichbarer erscheinen ließe. [lr]

► www.kurzlink.de/eurostat-eneffizienz

Ökodesign

Kleine Bildschirme, große Wirkung

■ Vertreterinnen und Vertreter der Industrie haben die Europäische Kommission dafür kritisiert, die Umweltauswirkung kleiner elektronischer Bildschirme auf Geräten regulieren zu wollen, wie der Umwelteinformationsdienst ENDS berichtet. Es geht dabei um die geplante Ökodesignverordnung für Fernseher und elektronische Displays.

Ende oder Wende für den EU-Emissionshandel?

In Brüssel soll der Zertifikatehandel jetzt doch reformiert werden. Er muss der EU Anreize für ein ambitionierteres Emissionsreduktionsziel bis 2050 geben, sagt Oldag Caspar von Germanwatch.

Würde er funktionieren, er wäre das wichtigste gemeinschaftliche Klimapolitikinstrument, das die EU hat. Doch dem europäischen Emissionshandel geht es richtig dreckig. Viele halten ihn für praktisch tot. Bei Preisen, die seit 2012 zwischen drei und acht Euro je Tonne CO₂ schwanken, scheint das nur folgerichtig. Denn der Zertifikatspreis müsste um ein Vielfaches steigen, damit die Wirtschaft ein klares Signal für Investitionen in Energieeffizienz, Verbrauchsreduktion und Erneuerbare Energien bekommt.

Leider kommen auch andere europäische Klimapolitikinstrumente nicht richtig voran. So scheint eine EU-weite CO₂-Steuer vorerst schwer möglich und die Energieeffizienzvorgaben der EU beeindrucken die Unternehmen bis jetzt auch nicht recht. Gleichzeitig geht in Brüssel das Gespenst der Renationalisierung der EU-Klimapolitik um. Der marginalisierte EU-Emissionshandel bewirkt, dass Mitgliedstaaten die Dekarbonisierung ihrer Wirtschaft zunehmend mit nationalen Maßnahmen voranbringen.

Die jahrelange Kampagne – auch der deutschen Umweltverbände – für eine grundlegende Reform des fehlkonstruierten Emissionshandels fängt an, Früchte zu tragen. Mitten in der Euro- und Wirtschaftskrise gelang zunächst das sogenannte Backloading. 900 Millionen Tonnen CO₂ – nicht einmal die Hälfte des aktuellen Überschusses – werden von 2014 bis 2016 vom Markt genommen, zunächst allerdings mit der Absicht, sie 2019 und 2020 zusätzlich auf den Markt zu werfen. Das Backloading ist Sofortmaßnahme mit Symbolcharakter: EU-Kommission, Parlament und Mitgliedstaaten haben das Problem erkannt und gehen die Strukturreform des Handels jetzt an. Den Klimaschutzgegnern war das klar. Daher entfalteten sie enormen Druck gegen das eigentlich völlig unambitionierte Backloading.

Nächster Reformschritt bis zum Sommer ist die Einführung einer Art Zentralbank, der Marktstabilitätsreserve (MSR). Die MSR soll die enorme Zahl überschüssiger Zertifikate nach und nach aus dem Markt saugen und wieder abgeben, wenn eine bestimmte

Zahl von frei gehandelten Zertifikaten unterschritten wird. Der Emissionshandel wird dadurch stärker reguliert und für Investoren vorhersehbarer.

Das Wichtigste ist aber: Es wird nie wieder einen großen Überhang von Zertifikaten geben, die niemand braucht und die Preise drücken. Für Unternehmen bedeutet das Investitionssicherheit. Die durch die Reserve höheren und kontinuierlicher steigenden Zertifikatspreise würden darum, wie die Forscher von Climate Strategies jüngst gezeigt haben, das zunächst paradox erscheinende Ergebnis haben, den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bis 2050 kostengünstiger und dadurch am Ende sicherer zu machen. Die MSR würde die Zertifikatspreise bis 2030 im Schnitt um 14 Euro anheben, hat Thomson Reuters Point Carbon errechnet.

Zentral ist, dass die 900 Millionen Backloading-Zertifikate – anders als geplant – nicht zurück in den Markt kommen. Das Umweltbundesamt (UBA) empfiehlt deshalb zur Korrektur des von der Politik verursachten strukturellen Überschusses eine Komplettstilllegung von 1,6 Milliarden Zertifikaten. Ohne Stilllegung wäre das Erreichen des langfristigen Emissionsziels bis 2050 gefährdet.

Wenn die Etablierung der MSR in den nächsten Wochen gelingt, wird mit Beginn des Sommers um die weitergehende Reform des Emissionshandels gerungen. Entscheidend wird dabei sein, ob die neue Emissionshandelsrichtlinie es der Politik leicht macht, den vom EU-Gipfel vorgegebenen ängstlichen Reduktionspfad bis 2030 zu verschärfen. Denn die Menge der ausgegebenen Zertifikate müsste jährlich nicht um die jetzt vorgesehenen 2,2, sondern mindestens um 2,7 Prozent abnehmen, soll der Emissionshandel die EU zu einem 2050-Emissionsziel von deutlich mehr als nur 80 Prozent unter dem Niveau von 1990 bringen. Für den Klimagipfel in Paris Ende 2015 wäre das ein richtungsweisendes Signal.

Oldag Caspar ist Teamleiter für deutsche und EU-Klimapolitik bei Germanwatch.

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Stark

Die Zukunft braucht starke Kinder. Freya Pausewang erklärt, wie Lernfreude und die kindliche Lust, Hindernisse zu überwinden, am besten gefördert werden. Denn »lernstarke« Menschen tun sich leichter Probleme zu lösen, ob als Folgen globaler Krisen oder von Umbruchsituationen wie etwa während der Pubertät. Pausewang gelingt der Bogen vom Kleinen (Essen, Spielen) zum Großen: einer Menschheit, die künftige Herausforderungen fair und solidarisch meistert.

F. Pausewang

Macht mich stark für meine Zukunft
Wie Eltern und ErzieherInnen die Kinder in der frühen Kindheit stärken können

182 Seiten, broschiert, mit vielen z.T. farbigen Abbildungen, 16,95 EUR, ISBN 978-3-86581-282-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


Die guten Seiten der Zukunft

Die EU-Kommission schlägt vor, auch Informationsbildschirme, wie sie etwa auf Waschmaschinen und Kühlschränken zu finden sind, einzuschließen. Ökodesign-Standards sorgen dafür, dass die Ressourcen- und Energieeffizienz über den gesamten Lebenszyklus eines Produktes gesteigert wird. Die Industriegruppen sprechen von einer doppelten Regulierung von Produkten und befürchten hohe Kosten. Daher fordern sie eine Ausnahmeregelung für einige Geräte. Die Kampagne coolproducts hält dem jedoch entgegen, dass keine rechtliche Überschneidung vorliege.

Das Einsparpotenzial der vorgeschlagenen Verordnung für Fernseher und elektronische Bildschirme ist groß: Es beträgt laut EU-Kommission bis 2020 32 Terawattstunden Elektrizität, 12 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent und 8 Milliarden Euro. [R]

- ▶ www.kurzlink.de/industrie-tv-display
- ▶ www.coolproducts.eu

Energiewende I

Erneuerbare günstiger

■ Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat im Auftrag von Greenpeace Energy eine Studie zu den aktuellen Strompreisen durchgeführt. Erneuerbare Energien sind laut Studie schon heute kostengünstiger als konventionelle Energieträger, wenn die Kosten von staatlichen Förderungen sowie von Umwelt- und Klimaschäden und nukleare Risiken mit einbezogen würden. In der Studie vergleicht das FÖS die staatlichen Förderungen von konventionellen und erneuerbaren Energieträgern sowie die gesamtgesellschaftlichen Kosten der Stromerzeugung.

„Erneuerbare Energien sind nicht nur sauberer, sondern unterm Strich auch deutlich kostengünstiger als Kohle und Atom. Das Problem ist aber, dass die hohen Kosten von Kohle und Atom vor dem Stromkunden versteckt werden und indirekt über Steuern und Abgaben bezahlt werden“, sagte Marcel Keiffenheim, Leiter Politik und Kommunikation bei Greenpeace Energy. [R]

- ▶ www.foes.de/pdf/2015-01-Was-Strom-wirklich-kostet-kurz.pdf
- ▶ www.kurzlink.de/gp-studie-ee

Energiewende II

Energiegipfel: Klima-Allianz zieht Bilanz

■ Anfang Februar hat die Klima-Allianz Deutschland den 5. Alternativen Energiegipfel in Berlin veranstaltet. Dort diskutierten VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft den Stand der Energiewende. Die allgemeine Bilanz fiel positiv aus, jedoch gebe es noch ausreichend Raum für Verbesserungen.

Damian Ludewig, Mitglied des SprecherInnenrats der Klima-Allianz und Geschäftsführer des Forums ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS), sagte: „Uns geht’s heute darum zu zeigen, dass die Energiewende ein Riesenerfolg ist, dass es gut vorangeht alles in allem mit der Energiewende, dass wir schon viel erreicht haben. Wir sind damit international ein Vorbild, leisten unseren Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit und gleichzeitig haben wir auch was angestoßen, was in vielen Ländern der Welt stattfindet. Wir tun oft so, als sei Deutschland das einzige Land, in dem Energiewende stattfindet. Das ist eben nicht so und das wollen wir mit der Energiewende zeigen.“

Probleme werde es künftig für kleinere Erzeuger erneuerbarer Energien geben. Im Zuge der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wird es bald keine garantierten Preise mehr geben, sondern ein System von Ausschreibungen. Dadurch werden größere Marktakteure bevorzugt.

Die Klima-Allianz Deutschland ist ein zivilgesellschaftliches Bündnis aus über 100 Organisationen, das ein breites gesellschaftliches Spektrum von Umweltorganisationen über Gewerkschaften bis hin zu Kirchen umfasst. [R]

- ▶ www.klima-allianz.de
- ▶ www.kurzlink.de/art-energiegipfel

Erneuerbare Energien

Norwegen führt

■ Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, hat neue Zahlen zum Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch in Europa veröffentlicht. Demnach liegt Norwegen ganz vorne mit 64,5 Prozent, gefolgt von Schweden (51 Prozent) und Lettland (36 Prozent). Der große Anteil erneuerbarer Energien in diesen Ländern sei vor allem auf das hohe Wasserkraftpotenzial zurückzuführen. Deutschland liegt trotz ambitionierter Politik deutlich zurück mit nur 12 Prozent erneuerbare Energien. Die Zahlen sind für das Jahr 2012. [lr]

- www.ec.europa.eu/eurostat/web/energy/statistics-illustrated

Fracking

England macht was, Schottland macht mehr

■ Ende Januar hat das neue Infrastrukturgesetz der Londoner Regierung in Großbritannien für Aufruhr gesorgt. Während die Umweltkommission ein Fracking-Moratorium gefordert hatte, sind nun zumindest Teile Englands vor den umweltschädlichen Fracking-Bohrungen geschützt.

Das Gesetz verbietet Fracking in Nationalparks, in der Nähe von Trinkwasserreservoirs und in besonders attraktiven Gebieten. Wie aus einer Analyse der britischen Zeitung The Guardian hervorgeht, werde Fracking demnach in 40 Prozent von Englands Schiefergasgebieten verboten.

Die schottische Regierung ging sogar noch einen Schritt weiter, indem sie ein Fracking-Moratorium ankündigte. Das Moratorium gilt zunächst für die Dauer einer Bewertung der Gesundheitsfolgen sowie einer öffentlichen Konsultation. Die Umweltorganisation Friends of the Earth Europe begrüßte den Vorstoß der schottischen Regierung, kritisierte jedoch, dass

das Moratorium nicht die unterirdische Kohleverbrennung zur Gasgewinnung beinhaltet. [lr]

- www.kurzlink.de/guardian-fracking
- www.foeeurope.org/fracking-moratorium-scotland-020215

Frackinggesetz

Anhörung: Verbände fordern kompletten Verzicht

■ Das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium haben Mitte Februar die Anhörung der Länder und Verbände zum vorgeschlagenen Frackinggesetz durchgeführt. Die befragten Umweltverbände fordern einen kompletten Verzicht auf Fracking. Auch der Deutsche Naturschutzring (DNR) gab gemeinsam mit dem BUND eine Stellungnahme ab.

Der Referentenentwurf mit dem Titel „Änderung wasser-, naturschutz- und bergrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung der Verfahren der Frackingtechnologie“ zielt laut DNR und BUND darauf ab, die Frackingmethode mittel- bis langfristig in Deutschland zu erlauben.

Das umstrittene Verfahren zur Gewinnung von Erdgas und Erdöl aus unkonventionellen Lagerstätten sei jedoch mit unkontrollierbaren und irreparablen Folgen verbunden. Hinzu kommt, dass die Schiefergaspotenziale in Deutschland sehr gering seien und ohnehin keinen beträchtlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten können. Daher ergebe der Einsatz der Frackingtechnologie in Deutschland sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen keinen Sinn. Das Gesetz soll nun vom Bundeskabinett verabschiedet und an den Bundestag weitergeleitet werden. [lr]

- www.bmwi.de/DE/Themen/Industrie/Rohstoffe-und-Ressourcen/fracking
- www.kurzlink.de/dnr-bund-fracking, E-Mail: daniel.hiss@dnr.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Verbrauchersicherheit

Bisphenol A ohne Gesundheitsgefahr?

■ Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat den sicheren Grenzwert für die chemische Verbindung Bisphenol A (BPA) deutlich gesenkt. Gleichzeitig stellte die EFSA in ihrer aktuellen Risikobewertung fest, dass die chemische Verbindung BPA kein Gesundheitsrisiko für Menschen darstellt – jedenfalls in dem untersuchten Maß der Exposition. Dennoch senkte die Behörde den Grenzwert für BPA von 50 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht pro Tag ($\mu\text{g}/\text{kg KG}/\text{Tag}$) auf $4 \mu\text{g}/\text{kg KG}/\text{Tag}$.

BPA ist beispielsweise in Mehrwegplastikgeschirr oder in der Schutzbeschichtung zur Auskleidung von Dosen enthalten. Auch in Thermopapier – für Kassenbons und Quittungen – wird BPA eingesetzt. Rückstände der Verbindung können in Lebensmittel und Getränke übergehen und von Verbraucherinnen und Verbrauchern aufgenommen werden.

Der hormonähnliche Stoff steht im Verdacht, Erkrankungen des Hormonsystems sowie des Herz-Kreislauf- und Nervensystems auszulösen. [mbu]

- EFSA zu BPA:

www.efsa.europa.eu/de/press/news/150121.htm

Kennzeichnung

Strengere Regeln für Fleisch in Fertigprodukten gefordert

■ Die für Lebensmittelsicherheit zuständigen EU-Abgeordneten fordern von der Kommission einen Gesetzesvorschlag für verpflichtende Angaben zur Herkunft von Fleischzutaten in Fertigprodukten. Sie haben im Januar eine entsprechende Resolution verabschiedet. Laut den ParlamentarierInnen soll mit der Kennzeichnungs-

pflicht verloren gegangenes Vertrauen in Produkte wie Tiefkühl-Lasagne nach dem Pferdefleischskandal wiederhergestellt werden. Die VerbraucherInnen hätten ihrer Meinung nach ein großes Interesse an zusätzlichen Informationen. Die EU-Kommission hat strengere Regeln bis zuletzt skeptisch gesehen. [jb, mk]

- Mitteilung des EU-Parlaments (engl.): www.kurzlink.de/euparl-fleischkenn15

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarsubventionen

Frankreich muss eine Milliarde zurückzahlen

■ Die Europäische Kommission verlangt von Frankreich Direktbeihilfen aus dem EU-Agrarbudget in ungewöhnlicher Höhe zurück. Das belegt eine im Januar im EU-Amtsblatt veröffentlichte Entscheidung.

Demnach muss die Regierung in Paris fast 1,1 Milliarden Euro an die EU zurückzahlen. Der Großteil der Summe – nämlich 716 Millionen – ist einer fehlerhaften Flächenberechnung mit dem satellitengesteuerten Parzellenidentifizierungssystem (LPIS-GIS) zwischen 2008 und 2012 geschuldet. Weitere Rückforderungen von 140 Millionen Euro sind bedingt durch Fehler bei der Berechnung von Direktbeihilfen. Wegen verspäteter Meldungen verlangt die EU zudem 132 Millionen an Rinderprämien zurück. Schließlich werden noch 79 Millionen Euro fällig, weil im Rahmen der Zuckermarktreform offenbar nicht alle angekündigten Produktionsaufgaben tatsächlich vollständig umgesetzt worden waren. Bei der ländlichen Entwicklung werden darüber hinaus Korrekturen von gut 40 Millionen Euro angesetzt.

„Ich nehme im Namen Frankreichs die Fehler der Vergangenheit auf mich und werde alles dafür tun, meinen Nachfol-

gern eine sanierte Haushaltslage zu hinterlassen“, sagte der französische Landwirtschaftsminister Stéphane Le Foll. Sein Ministerium betonte, dass die Kommission hauptsächlich Fehler bei technischen Details kritisiere, nicht etwa irgendeine Form von Betrug.

Zum Vergleich: Die Summe, die Deutschland hauptsächlich wegen mangelhafter Kontrollen zurückzahlen muss, beträgt etwa 12 Millionen Euro. [mbu]

- EU-Amtsblatt (16.1.2015): www.kurzlink.de/eur-lex-subvent01.15

Umsetzung EU-Agrarreform

Deutsche Landwirtschaft setzt voll auf Betriebsprämie

■ Deutschland ist der einzige Mitgliedstaat der Europäischen Union, der im Rahmen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf gekoppelte Direktbeihilfen für einzelne Produkte verzichtet. Das geht laut dem Informationszentrum für Landwirtschaft Proplanta aus einer aktuellen internen Zusammenstellung der Europäischen Kommission hervor.

Demnach geben die EU-Länder in allen Produktionsbereichen jährlich insgesamt rund vier Milliarden Euro für solche Prämien aus. Vor zehn Jahren hat die EU mit der Einführung der Betriebsprämie die Entkopplung geschaffen. Das heißt, der Erhalt von Direktzahlungen aus dem EU-Agrarbudget ist nicht mehr an die Produktion gebunden, sondern an die ordentliche Bewirtschaftung der Flächen und an die Einhaltung der hohen europäischen Standards im Tier-, Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Die Landwirte werden nach EU-weiten Vorgaben auf die Einhaltung der Standards geprüft (Cross Compliance). Bei Verstößen werden die Direktzahlungen gekürzt.

Ausnahmen bei der Entkopplung gibt es für benachteiligte Gebiete, wo Anbaufläche und Zahl der Tiere weiter Grundlage für die Prämienzahlungen bleiben. So sollen die Landwirte davon abgehalten werden, aus

wenig rentabler Produktion auszusteiern. Die Mitgliedstaaten müssen bei Getreide und Ölsaaten wie Raps mindestens 75 Prozent der Prämien entkoppeln. Für die Entkopplung von Rind-, Schaf- und Ziegenfleischprämien bietet die Reform flexible Ansätze. Die Kommission erwartet, dass die Landwirte sich bei der Wahl ihrer Produktion mehr an Verbraucherinnen und Verbrauchern orientieren. So sollen künftig Getreide- und Fleischberge vermieden werden.

Der Löwenanteil der gekoppelten Subventionen fließt derzeit in die Rinderhaltung. Allein etwa 1,7 Milliarden Euro sind für die extensive Rindfleischerzeugung vorgesehen, weitere 0,8 Milliarden Euro für die Milchproduktion. Davon machen 24 beziehungsweise 18 Mitgliedstaaten Gebrauch. 22 EU-Länder fördern mit 500 Millionen Euro die Schaf- und Ziegenhaltung, 400 Millionen wenden 16 Staaten für die Stützung des Eiweißpflanzenanbaus auf. 19 Mitgliedstaaten verteilen zusammen gut 200 Millionen Euro für den Obstbau und die Gemüseproduktion. Fast die gleiche Summe steht auch für den Zuckerrübenanbau zur Verfügung. [mbu]

- Informationszentrum für Landwirtschaft zur Entkopplung: www.kurzlink.de/eu-agrar-entkoppl15
- EU-Agrarkommission: www.ec.europa.eu/commission/2014-2019/hogan

EU-ELER-Fonds

Ländlicher Raum kann sich weiterentwickeln

■ Mitte Februar hat die EU-Kommission weitere 18 Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums genehmigt, die das Ziel haben, „bis 2020 die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Agrarsektors zu verbessern, zum Landschafts- und Klimaschutz beizutragen sowie das Wirtschafts- und Sozialgefüge ländlicher Gemeinden zu stärken“. Folgende Länder profitieren von den genehmigten Programmen: Belgien, Deutschland, Estland, Spanien, Finnland, Frankreich, Litauen, Lettland, Niederlande, Portugal, Slowenien, Slowakei, Vereinigtes Königreich.

Die 18 Programme aus diesen Ländern werden mit insgesamt 14,3 Milliarden Euro aus dem EU-Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie zusätzlich national beziehungsweise regional mit öffentlichen Mitteln und aus privaten Quellen unterstützt. Bereits im Dezember 2014 hatte die Kommission neun Programmen zugestimmt. Damit sind jetzt insgesamt 27 Programme angenommen worden, sodass das Fördervolumen der bereits genehmigten Programme jetzt 35 Milliarden Euro – knapp ein Drittel des gesamten Mittelansatzes – beträgt.

Die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums ist die sogenannte zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik. Dabei erhalten die Mitgliedstaaten EU-Mittel, die national oder regional im Rahmen von mehrjährigen kofinanzierten Programmen verwaltet werden. In allen 28 Mitgliedstaaten sind 118 Programme vorgesehen, die über den Zeitraum 2014–2020 aus dem ELER-Fonds mit einem Gesamtbetrag von 99,6 Milliarden Euro gefördert werden. [mbu]

► Mitteilung der EU-Kommission:
www.europa.eu/rapid (Search: IP/15/4424)

Ökolandbau

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

■ Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments zur Reform der EU-Ökoverordnung Martin Häusling (Grüne) hat eine EU-weite Prüfstelle gefordert, die gegen möglichen Betrug mit Biolebensmitteln vorgehen soll.

Der Abgeordnete sagte der Tageszeitung taz, man brauche eine zentrale Kontrollagentur, die die Arbeit der nationalen Behörden gegen Bioetikettenschwindel besser koordiniere und überwache. Die Reform der EU-Ökoverordnung und immer wieder auftretende Verstöße gegen die Regeln der biologischen Landwirtschaft sind der Anlass für Häuslings Vorschlag.

Der Politiker und Ökolandwirt hält es für richtig, die Biobranche künftig noch stärker als bisher zu kontrollieren, um das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu bewahren. „Die aktuellen Vorfälle etwa bei Importware aus südlichen EU-Staaten oder bei der Missachtung bestehender Vorschriften in der Legehennenhaltung in Norddeutschland zwingen dazu, die Kontrollmechanismen zu überdenken“, schreibt er auf seiner Homepage.

Futter- und Lebensmittelskandale machen nicht an der Grenze halt. Daher ist ein EU-weit einheitliches Vorgehen in Betrugsfällen notwendig. Bisher sieht der Entwurf der EU-Kommission zur Ökoverordnung dies nicht vor. Häusling will bis Ende März seine Änderungsvorschläge vorlegen.

Darin lehnt er besondere Pestizid- oder Gentechnikgrenzwerte für Biolebensmittel ab. Es könne nicht sein, dass dem Biolandwirt ein Schaden angelastet werde, für dessen Ursache nicht er, sondern sein konventioneller Nachbar verantwortlich

GAIA Masters Student Paper Award

Have your work awarded and published in a renowned scientific journal!

The international journal GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society and Leuphana University Lüneburg invite Masters students to participate in the 2016 GAIA Masters Student Paper Award.

Masters students are encouraged to publish their results from research-based courses/Masters theses in the field of transdisciplinary environmental and sustainability science.

Submission guidelines and more information:

www.oekom.de/zeitschriften/gaia/student-paper-award

Deadline for submission: November 2, 2015. Anticipated publication date: June 2016.

One article will be selected by a jury and published in GAIA. The winner will be granted a prize money of EUR 1,500 endowed by the Selbach Umwelt Stiftung, as well as a free one-year subscription to GAIA, including free online access.

Selbach Umwelt Stiftung

LEUPHANA
UNIVERSITY OF LÜNEBURG

GAIA

sei, argumentiert Häusling. Das verdrehe die Tatsachen und untergrabe das Verursacherprinzip. [mbu]

- ▶ www.martin-haeusling.eu/themen/oekolandbau-und-laendliche-raeume
- ▶ www.kurzlink.de/eu-oeko-vo-2007

Gentechnik und Industrie

Unabhängige Risikoforschung gefordert

■ Im Februar haben gentechnikkritische Organisationen in einem Brief an Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt appelliert, bestehende Interessenkonflikte bei der Forschung und Risikobewertung von genmodifizierten Pflanzen anzugehen.

„Der Anlass des Schreibens ist unsere Sorge um den Einfluss industrienaher Experten auf Behörden und verschiedene Gremien, die im Zusammenhang mit der Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen stehen“, schreiben die Verfasser. Unterzeichnet haben den Brief der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund (DBIB), der Verein Testbiotech, der Verein Sambucus und das Gen-ethische Netzwerk. Die Verfasser befürchten, dass in der Diskussion um Gentechnikrisiken die Sicht-

weise der Industrie zunehmend dominiert und dadurch eine wissenschaftlich unabhängige Analyse verhindert. Sie werfen der Bundesregierung jahrelange Untätigkeit vor.

Kurz vor der Absendung des Briefs hatte Testbiotech einen Bericht veröffentlicht, in dem der Verein beanstandet, „dass die Industrie systematisch Einfluss auf Behörden, Forschung und Risikobewertung nimmt“. Der Bericht mit dem Titel „Langer Arm der Industrie“ zeigt die Verbindungen mehrerer Mitarbeiter von Behörden und Institutionen zu Gentechnik-Unternehmen und Lobbyverbänden auf. Bisher habe die Bundesregierung solche Interessenkonflikte einfach geleugnet, sagte Christoph Then von Testbiotech. [mbu]

- ▶ Link zum Brief: www.testbiotech.org/node/1147
- ▶ Link zum Bericht: www.testbiotech.org/node/1144
- ▶ www.berufsimker.de

Gentechnikmethoden

Neue Ansätze dürfen nicht durchs Sicherheitsnetz rutschen

■ Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben Ende Januar den zuständigen EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis

in einem offenen Brief aufgefordert, neue Methoden der Gentechnik ebenso strengen Regeln zu unterziehen, wie sie für gentechnisch veränderte Organismen gelten.

Aus Sicht der Umwelt-, Bauern- und Imkerverbände sowie einer lobbykritischen Organisation bedeutet es eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit, wenn für neue Technologien eine Ausnahme von den geltenden Vorschriften gelte. Außerdem würde dies gegen EU-Recht verstoßen. Jeder technische Eingriff ins Genom könne unerwartete Folgen haben, begründen die Unterzeichner des Briefs ihre Bedenken. Über viele der neuen Techniken sei aber noch zu wenig bekannt, um die Risiken abzuschätzen.

Laut den Verfassern des Briefes geht es um einige Methoden, von denen sich Firmen neue Möglichkeiten in der Entwicklung von Pflanzen erhoffen. Dazu gehören etwa die Cisgenese oder das Genome Editing. Bei cisgenen Pflanzen werden nur DNA-Abschnitte verwendet, die aus der Pflanze selbst stammen oder aus Pflanzen, die so nahe miteinander verwandt sind, dass sie auch auf herkömmliche Weise gekreuzt werden könnten. Per Cisgenese geschieht dies aber schneller und mit Methoden der Gentechnik. Genome Editing ist eine biochemische Methode zum Entfernen oder Einfügen von DNA, also per Definition eine gentechnische Methode.

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.
MIT PEER REVIEW

Sichern Sie sich Ihr Probeabo! Zwei Ausgaben für
nur 29,50 Euro statt 54,60 Euro!

Bestellung an abo@oekom.de / www.gaia-online.net



GAIA

ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR
SCIENCE AND SOCIETY
ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR
WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
4 | 2014

- TRENDS IN WATER GOVERNANCE
- SOZIALE BEWEGUNGEN FÜR KLIMASCHUTZ
- RAUMPLANUNG IN DEN BAYERISCHEN ALPEN

oekom
GAIA is a peer-reviewed journal of environmental research and social science. It is published by oekom Verlag.

Wie derart gezüchtete Pflanzen laut Gentechnikrecht eingestuft werden, ist noch unklar. Die EU hat dies bisher nicht festgelegt. Für die Unterzeichner des Briefs sind es gentechnische Methoden – daher müssten sie auch so behandelt werden. Die EU müsse das Vorsorgeprinzip berücksichtigen und eine ordentliche Risikoprüfung vornehmen. Allerdings gibt es laut den Kritikern für viele der Techniken noch gar nicht genügend wissenschaftliche Informationen. [mbu]

- ▶ Quelle: www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/30327
- ▶ Offener Brief an Vytenis Andriukaitis (27.01.15): www.kurzlink.de/neue-gentech-01.2015

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Weltbiodiversitätsrat

Forschungsprogramm – 2019

■ Ende Januar hat der Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, IPBES) die Ausrichtung seiner zukünftigen Arbeit beschlossen. Das internationale WissenschaftlerInnengremium für den Schutz der biologischen Vielfalt möchte mehrere Gutachten zu Biodiversität und Ökosystemleistungen erarbeiten. Diese sollen wie die Berichte des Weltklimarates IPCC politische EntscheidungsträgerInnen über den Zustand und die Entwicklung der biologischen Vielfalt und der Ökosystemleistungen informieren. Künftig können sich auch NGOs offiziell an der Arbeit des Weltbiodiversitätsrates beteiligen.

Der IPBES möchte bis 2016 ein Gutachten zu Bestäubung und Nahrungsmittelproduktion erstellen. 2018 sollen ein Bericht zu Landdegradierung und Wiederherstellung sowie regionale Gutachten zu Biodiversität und Ökosystemleistungen auf unterschiedlichen Kontinenten folgen. Für 2019 plant der Rat Untersuchungen zu invasiven gebietsfremden Arten sowie zur nachhaltigen Nutzung der Biodiversität.

■ Dann soll es auch einen Bericht zum weltweiten Zustand der Biodiversität und Ökosystemleistungen geben.

Die Grünen kritisieren die Themenwahl des Rates und fordern konkrete Maßnahmen der Bundesregierung. „Angesichts der Überfischung der Meere ist es völlig unverständlich, dass Ozeane nicht in die Liste der Arbeitsschwerpunkte aufgenommen wurden. Hier sollte die Bundesregierung ihren Einfluss geltend machen und auf eine Ausweitung der Arbeitsschwerpunkte hinwirken. In Deutschland ist die industrielle Landwirtschaft die größte Ursache für das Artensterben. Will die Bundesregierung das Artensterben eindämmen, müsste die Reduzierung von Stickstoffen und Pestiziden in der Landwirtschaft ein vorrangiges Ziel werden“, sagte Steffi Lemke, Sprecherin für Naturschutzpolitik bei den Grünen. Die nächste Sitzung des IPBES findet Anfang 2016 statt. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/bfn210115
- ▶ www.ipbes.net
- ▶ www.kurzlink.de/lemke190115

No-Net-Loss

Niemand will Biodiversitätsoffsets

■ Die EU-Kommission hat Ende Januar die Ergebnisse der Onlinekonsultation zur No-Net-Loss-Initiative vorgelegt. Umwelt- und Unternehmergruppen sind gegen Kompensationsansprüche, sogenannte Offsets, bei Biodiversitätsverlust. Dabei soll Naturzerstörung durch Eingriffe in einer Region durch Ersatzmaßnahmen an einem anderen Ort kompensiert werden können.

Die EU-Biodiversitätsstrategie hat zum Ziel, bis 2020 den Verlust der Biodiversität zu stoppen. Die in der No-Net-Loss-Initiative soll bei Eingriffen in die Natur negative Auswirkungen auf Biodiversität vermeiden. Als Teil der Initiative werden Offsets als mögliche Kompensationsmöglichkeiten diskutiert.

Die meisten Umwelt-NGOs hätten sich gegen Offsets ausgesprochen, da dies einer

Erlaubnis zur Zerstörung von Natur gleichkäme. Unternehmen hätten die Kompensationsmaßnahmen wegen zu hoher Kosten und zu hohem bürokratischem Aufwand kritisiert. Die Mehrheit der TeilnehmerInnen der Konsultation fordert zudem, maritime Gebiete in die No-Net-Loss-Initiative aufzunehmen. [mk, ej]

- ▶ Ergebnisse der Konsultation: www.ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/nnl/pdf/report.pdf

Holzverordnung

Illegales Holz in der EU

■ Anlässlich der dieses Jahr anstehenden Novellierung der EU-Verordnung zum Handel mit illegal geschlagenem Holz fordert der Waldschutzverband Robin Wood deren Verschärfung sowie die konsequente Umsetzung in den EU-Mitgliedstaaten und weist auf Lücken in der Verordnung hin.

Laut Robin Wood werden 50 bis 90 Prozent der Holzernte im Amazonasgebiet, Zentralafrika und Südostasien illegal geschlagen. Obwohl die Holzhandelsverordnung dies verhindern soll, werde illegal geschlagenes Holz weiterhin in der EU verkauft. Produkte wie Musikinstrumente, Holzkohle oder Werkzeuge sind nicht in der Verordnung geführt und können somit ohne Legalitätsnachweis verkauft werden. In Italien, Spanien, Polen, Ungarn und Griechenland wurde die Verordnung noch nicht einmal vollständig in nationales Recht umgesetzt.

Einer Untersuchung des WWF von Anfang Februar zufolge sind auch Papierprodukte im deutschen Einzelhandel mit Tropenholz belastet. In 20 Prozent der untersuchten Artikel, darunter Briefpapier, Adressbücher und Notizhefte, fand der Umweltschutzverband Tropenholz. Laut der Holzhandelsverordnung müssen Importeure die legale Herkunft bestimmter Papierwaren bei der Einfuhr in die EU jedoch nachweisen. „Das Resultat wirft ein schlechtes Licht auf die Unternehmen. Sie lassen billig in Südostasien produzieren, ohne sich ernsthaft um die Herkunft des

Holzes zu kümmern. Sie wussten entweder nicht, dass ihre Produkte Tropenholz enthielten oder haben es einfach geleugnet. Ein klarer Gesetzesverstoß“, sagte Johannes Zahnen, Referent für Biodiversität beim WWF Deutschland. Der WWF prüft nun, gegen die Unternehmen Depesche, Iden und Carstensen Anzeige zu erstatten.

Alle EU-Mitgliedstaaten müssen bis Ende April der EU-Kommission über die Umsetzung der Verordnung Bericht erstatten. Deshalb hat Robin Wood das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium auf die Mängel hingewiesen und Nachbesserungen gefordert. Der NGO zufolge ist eine Kennzeichnungspflicht für die Art und Herkunft von Holz und Holzprodukten längst überfällig. [ej]

- ▶ www.robinwood.de/Newsdetails.13+M5c6fa042e70.0
- ▶ www.wwf.de/2015/februar/tropenwald-im-einkaufswagen/bl/1/listid/14365/backpid/124
- ▶ www.robinwood.de/fileadmin/Redaktion/Bilder/Tropenwald/Brief_BMEL_zu_EUTR.pdf

Artenvielfalt

Fortschreitender Verlust

■ Bisher ist keines der Ziele der Bundesregierung aus der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt erreicht worden. Das geht aus dem Anfang Februar von der Bundesregierung veröffentlichten Indikatorenbericht 2014 zur deutschen Biodiversitätsstrategie hervor. Laut Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sind die Ziele zur Verbesserung des Umweltzustands ohne zusätzliche Anstrengungen nicht erreichbar.

11 von 19 untersuchten Indikatoren liegen weit oder sehr weit vom Zielwert entfernt. Bei 6 Indikatoren konnte kein Status bestimmt werden. Deutliche Verschlechterungen gab es auch beim Schlüsselindikator Artenvielfalt und Landschaftsqualität. Dort sank beispielsweise der Wert für Bestandsgrößen von bestimmten Vogelarten auf 56 Prozent.

Umweltverbände kritisieren die mangelhaften Schutzmaßnahmen, die den

voranschreitenden Verlust an Arten und Lebensräumen in Deutschland nicht verhindert haben. Der Deutsche Naturschutzing (DNR), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der WWF und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fordern Bund und Länder auf, ihre Bemühungen zum Schutz der biologischen Vielfalt zu intensivieren.

Dafür seien ein Sofortmaßnahmenprogramm und die Aufstockung des Bundesprogrammes Biologische Vielfalt um 15 Millionen auf 30 Millionen Euro jährlich notwendig. Weiterhin sollte die Regierung schnellstmöglich das geplante Biotopverbundsystem auf zehn Prozent der Landesfläche einrichten und fünf Prozent des gesamten Waldes in Deutschland in unbewirtschafteten Naturwald überführen. Als Hauptgründe für den Artenverlust nennen die Verbände den Verlust von Böden und den anhaltenden Flächenverbrauch durch die intensive Landwirtschaft, erhöhte Bautätigkeit und die Verbreitung von Schadstoffen.

Mit der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt will die Bundesregierung den Verlust an Arten, Lebensräumen und genetischer Vielfalt stoppen. Alle zwei Jahre bewertet sie die Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie. Auf Basis der Ergebnisse des diesjährigen Indikatorenberichts will sie eine Initiative starten, um die mangelnde Umsetzung zu verbessern. [jb, ej]

- ▶ Indikatorenbericht: www.kurzlink.de/nsbvbericht2014
- ▶ Mitteilung des Umweltministeriums: www.kurzlink.de/bmub-ib14
- ▶ Stellungnahme der Verbände: www.kurzlink.de/natursch-mangel02.15

Natur des Jahres

Feldhase ist Wildtier des Jahres

■ Die Schutzgemeinschaft Deutsches Wild (SDWI) hat den Feldhasen zum Wildtier des Jahres 2015 gewählt. Durch

den Flächenumbruch intensiver Landwirtschaft und die Umwandlung von Brachflächen zur Produktion von Energiepflanzen sind die natürlichen Habitate des Pelztiers zunehmend bedroht. Die SDWI fordert deshalb Jäger, Bauern, Landeigentümer und politische Entscheidungsträger dazu auf, gemeinsam gegen den Populationsverlust vorzugehen. Eine vollständige Liste der Flora und Fauna des Jahres 2015 gibt es auf der Website des Naturschutzbundes Deutschland. [ej]

- ▶ www.sdwi.de/download/pdf/2015_feldhase.pdf
- ▶ www.nabu.de/tiereundpflanzen/naturdesjahres/2015/17011.html

Bodenschutz

Wettbewerb zum Jahr des Bodens

■ Zum Internationalen Jahr des Bodens 2015 starten der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) und die deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) den Wettbewerb „BodenWertSchätzen“. Teilnehmen können alle, die im Bereich Boden aktiv sind, beispielsweise landwirtschaftliche Betriebe und Institutionen, Kommunen, Schulen oder Einrichtungen des Naturschutzes.

Der Wettbewerb knüpft an die zentralen Ziele der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zum Artenschutz, zur Biodiversität, zur Vermeidung der Flächeninanspruchnahme und zur nachhaltigen Landbewirtschaftung an. Preise im Gesamtwert von 100.000 Euro gibt es deshalb in den Themenfeldern Landbewirtschaftung, Flächenmanagement und Flächenrecycling, regionaler Garten- und Gemüseanbau, Ausgestaltung von Pachtverträgen sowie Bildung und Öffentlichkeitsarbeit. Im Zentrum des Wettbewerbs stehen Projekte und Initiativen, die Böden und ihre ökologischen Funktionen schützen und nachhaltig nutzen.

Der RNE und die DBU wollen durch den Wettbewerb den gesellschaftlichen Diskurs um die nachhaltige Nutzung von Böden fördern und auf dessen Bedeutung für Menschen und Umwelt hinweisen.

Am 8. Dezember wird die Preisverleihung auf der bundesweiten Veranstaltung zum Internationalen Jahr des Bodens im DBU Zentrum für Umweltkommunikation in Osnabrück stattfinden. Die Teilnahme am Wettbewerb ist kostenlos. Interessierte können sich bis zum 31. Juli bewerben. [ej]

- ▶ Mitteilung von RNE und DBU:
www.dbu.de/123artikel35910_335.html
- ▶ Wettbewerb:
www.bodenwertschaetzen.de/

TIERSCHUTZ & ETHIK

Fleischkonsum

Geringere Nachfrage – trotzdem größeres Angebot

■ Die Produktion von Fleisch in Deutschland hat im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht hat. Das gab das Statistische Bundesamt im Februar bekannt. Und dies obwohl der Fleischkonsum in Deutschland leicht gesunken ist. Grund für die erhöhte Produktion ist nämlich die Zunahme des Fleischexports. Darunter leiden sowohl die LandwirtInnen als auch

die Tiere. Denn auf dem Weltmarkt müssen sie sich den Produktionsbedingungen der anderen Länder anpassen: Intensivtierhaltung für immer mehr „Ware“ zu immer billigeren Preisen bei immer schlechterer und tierschutzwidriger Haltung.

„Die Zahlen aus der Fleischproduktion klingen nüchtern, bedeuten aber den Tod von Millionen von Tieren in Deutschland, bedeuten Leid in der Haltung, beim Transport und im Schlachthof“, sagte Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Dieser ruft daher zum Fleischverzicht auf – zum Wohl von Tieren und Menschen. Denn noch immer verzehren deutsche VerbraucherInnen doppelt so viel Fleisch, wie die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt. [as]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel.: +49 (0)228 / 6049624, Fax -41, E-Mail: presse@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

Affenversuche

Strafanzeige gegen Max-Planck-Institut

■ Ärzte gegen Tierversuche, die Erna-Gruff-Stiftung für Tierschutz und Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg

haben bei der Staatsanwaltschaft Tübingen Strafanzeige gegen ForscherInnen des Tübinger Max-Planck-Instituts für Biologische Kybernetik (MPI) gestellt. Die Kläger werfen dem MPI vor, gegen das Tierschutzgesetz zu verstoßen und den Straftatbestand der fortgesetzten Tierquälerei zu erfüllen. Sie fordern, die Genehmigung für die Affenversuche aufgrund nicht eingehaltener behördlicher Auflagen und mangelnder Genehmigungsfähigkeit zurückzunehmen. Auslöser für die Klage waren von einem Tierpfleger verdeckt gemachte Aufnahmen von gewaltsam, verletzt und traumatisiert gehaltenen Affen für Hirnversuche im MPI, die im deutschen Fernsehen gezeigt worden waren. [as]

- ▶ Ärzte gegen Tierversuche, Braunschweig, Tel. +49 (0)531 / 60944791, Fax -92, E-Mail: info@aerzte-gegen-tierversuche.de, www.aerzte-gegen-tierversuche.de

Kükentötung

Gericht verbietet Erlass zum Kükenschutz

■ Das Verwaltungsgericht Minden hat entschieden, dass Nordrhein-Westfalen die Tötung männlicher Küken aus wirtschaft-



Dem MURKS ein Ende setzen

Murks sind Drucker, die plötzlich ihren Betrieb einstellen oder Küchengeräte, die nach wenigen Minuten heiß laufen. Für Stefan Schridde, Initiator der Bewegung MURKS? NEIN DANKE!, steht fest, dass derartige »Fehler« häufig Teil des Geschäfts sind. Was ist dran am Vorwurf des »eingebauten Defekts«? Mit haarsträubenden Geschichten entführt uns Schridde in eine Welt, in der mit allen Tricks versucht wird, Reparaturen zu erschweren und Geräte nach kurzer Zeit unbrauchbar zu machen – und zeigt gleichzeitig auf, wie wir dem Murks ein Ende setzen können.

Stefan Schridde

Murks? Nein danke!

Was wir tun können, damit die Dinge besser werden
256 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-671-9
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



lichen Gründen per Erlass nicht verbieten darf. Das Tierschutzgesetz ermächtigt das Bundesland nicht zu einem solchen Erlass.

„Das Gericht bezweifelt nicht, dass es richtig ist, das Kükentöten zu beenden. Vielmehr hat die Bundesregierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Christian Schmidt kann das durch eine konsequente Gesetzesänderung geraderücken,“ sagte Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes.

Etwa 45 Millionen lebensfähige sogenannte Eintagsküken töten deutsche Brütereien jährlich. Kurz nach dem Schlüpfen werden die männlichen Küken entweder in einer Art Häcksler zerstückelt oder mit CO₂ vergast. Sie haben keinen wirtschaftlichen Nutzen für die Brütereien, da sie keine Eier legen können. Einen vernünftigen Grund im Sinne des Tierschutzgesetzes gibt es für die grausamen Massentötungen nicht. [as]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6049624, Fax: -41, E-Mail: presse@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Lobbying

EU-Transparenzregister 2.0

■ Die EU-Kommission und das EU-Parlament haben im Januar die überarbeitete Version des EU-Transparenzregisters in Betrieb genommen. Es verlangt zusätzliche Informationen von Lobbyisten wie deren Ausgaben für Lobbyingaktivitäten, ihre Beteiligungen an Ausschüssen und Arbeitsgruppen sowie Angaben zu den von ihnen beobachteten Gesetzesvorhaben.

Mit dem neuen Register setzen Kommission und Parlament eine Vereinbarung vom April 2014 um. Zurzeit sind etwa 7.600 Organisationen und Einzellobbyisten registriert. Eine Registrierung in der neuen „zweiten Generation“ des Registers ist zudem notwendig für Treffen mit hochrangigen Mitgliedern der Europäischen Kommission.

Ansonsten ist das Register jedoch nicht verpflichtend. Dies kritisieren Nichtregierungsorganisationen. Laut einer Untersuchung der Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation (ALTER-EU) reichen die Veränderungen nicht aus, um Transparenz über die Aktivitäten von Lobbyisten in der EU zu schaffen, zudem seien viele Registereinträge unzuverlässig oder irreführend. Beispielsweise hätten Lobbyisten die Namen ihrer Kunden nicht offengelegt oder nur Abkürzungen angegeben.

Noch in diesem Jahr will die Kommission einen Vorschlag für ein verpflichtendes Lobbyregister vorlegen. Dieses soll nicht nur die Kommission und das Europaparlament, sondern auch den Rat umfassen. ALTER-EU zufolge sind auch die derzeitigen Vorschläge zu diesem Register mangelhaft, da es beispielsweise keine Mechanismen enthalten soll, mit denen man prüfen kann, ob die Angaben der Registrierten korrekt sind. [jb]

- ▶ www.ec.europa.eu/transparencyregister
- ▶ www.alter-eu.org
- ▶ www.lobbycontrol.de/2015/01/eu-lobbyregister-update-zentrale-schwaechen-bleiben-bestehen

Transparenz

EU-Initiative gegen Korruption

■ Sven Giegold von den europäischen Grünen möchte eine Offensive gegen Korruption und für mehr Transparenz in den EU-Institutionen starten. Die Fraktionsvorsitzenden des Europaparlaments haben ihn zum Berichterstatter für den Initiativreport „Transparenz, Integrität und Verantwortlichkeit in den EU-Institutionen“ ernannt. Die Grünen sind bei dem Bericht federführend. Sie wollen ein Antikorruptionsgesetz auf den Weg bringen, und verloren gegangenes Vertrauen in die europäische Demokratie wiedergewinnen. Laut dem Anti-Korruptionsreport von 2014 der EU-Kommission liegen die Verluste der Europäischen Wirtschaft durch Korruption bei etwa 120 Milliarden Euro pro Jahr.

Interessierte können ihre Forderungen und Vorschläge für weniger Korruption und mehr Transparenz über seine Webseite an den EU-Abgeordneten Sven Giegold schicken. [jb]

- ▶ www.sven-giegold.de/2015/eure-ideen-fuer-saubere-europaeische-politik/
- ▶ www.sven-giegold.de/transparenz
- ▶ Anti-Korruptionsreport 2014: kurzlink.de/eucor2014

EU-Ratspräsidentschaft

BirdLife-Forderungen und Lettland

■ Die Naturschutzorganisation BirdLife Europe hat gemeinsam mit ihrer Partnerin aus Lettland LOB (Latvijas Ornitoloģijas biedriba) fünf Forderungen an die lettische EU-Ratspräsidentschaft gestellt. Die Amtszeit des baltischen Staats sei eine entscheidende Phase für die Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union.

Die Verbände fordern, dass die EU ihre Anstrengungen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes bis 2030 verstärkt. Lettland solle sich für ehrgeizige Ziele sowie deren effektive nationale Umsetzung einsetzen und Aktionen zur Energieeffizienz und -einsparung sowie für die ambitionierte Entwicklung der erneuerbaren Energien in Einklang mit der Natur voranbringen.

Zudem soll es die Abhängigkeit der EU von Energie aus Biomasse begrenzen und am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren. Die Entwicklung der Energieinfrastruktur dürfe nicht auf Kosten der Natur gehen. Europa könne nur dann wettbewerbsfähig sein, wenn Umweltschutz auch Bestandteil der Wirtschaftsentwicklung ist. [as]

- ▶ NABU: www.nabu.de/themen/naturschutz/eunaturschutz/eu-ratspraesidentschaft
- ▶ BirdLife: www.birdlife.org/europe-and-central-asia/policy/presidencies-eu

„Durch das Internet können Auseinandersetzungen stattfinden, wenn Entscheidungen noch offen sind“

Campact startet Onlinepetitionen zu Themen im öffentlichen Interesse. Seit November 2014 ist die Bewegungsplattform Mitglied des Deutschen Naturschutzbundes. Schlagkräftige Allianzen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen sind unabdingbar, um politische Entscheidungen im Sinne der BürgerInnen zu beeinflussen, sagt Günter Metzges.

Campact verbindet mehr als anderthalb Millionen Menschen. Was ist Ihr Ziel?

Campact ist eine Bürgerbewegung von 1,6 Millionen Menschen, die für eine ökologischere, eine sozialere und auch für eine demokratischere Politik streitet – und wächst weiter. Impulse zu setzen für eine progressive Politik ist unser Kernziel. Das andere ist, Menschen für Politik zu begeistern und den Raum dafür zu geben, Politik als etwas wahrzunehmen, das Menschen gestalten und beeinflussen können.

Was ist das Besondere an Campact?

Zum einen das Internet. Damit können politische Auseinandersetzungen direkt mit der Politik zu einer Zeit stattfinden, wo diese Entscheidungen noch offen sind, sodass der Protest oder die Auseinandersetzungen nicht vor irgendwelchen Werkstätten oder Atomkraftwerken stattfinden müssen, sondern schon zu einem Zeitpunkt, wo über die Anlage von bestimmten politischen Maßnahmen erst diskutiert wird. Wir starten zwar mit Petitionen auf einer Onlinebasis – und das ist auch der erste Impuls, den wir setzen. Worum es dann eigentlich geht, ist das Schaffen von Bewegungen und von Protesten, die dann durchaus auf der Straße und im direkten Kontakt mit Entscheidungsträgern stattfinden.

Campact arbeitet ja außer zu Umweltthemen in vielen verschiedenen politischen Bereichen – die Palette reicht von Datenschutz bis zu Flüchtlingsfragen. Welches Thema liegt Ihnen besonders am Herzen?

Also dadurch, dass die drei Gründer aus der Umweltbewegung kommen, ist dieses Thema von Anfang an ziemlich relevant gewesen. Es ist auch klar, dass im Campactteam das Thema Klimaschutz eine ganz wesentliche Antriebskraft darstellt, Dinge zu verändern, weil es da letztlich ums Ganze geht. Zum Beispiel Flüchtlingspolitik wird umso gravierender, je weniger wir mit dem Klimathema vorankommen. Wo können wir Bürgerinnen und Bürger zu dieser Zeit den größten Unterschied machen und das meiste erreichen? Das ist letztlich immer die zentrale Frage.

Wie schätzen Sie die politische Wirksamkeit von Onlinekampagnen ein?

Ich glaube, wir waren mit unseren Kampagnen politisch wirksam. Dass wir die Politikernebeneinkünfte heute auf der Website des deutschen Bundestages einsehen und damit feststellen können, wie sind Abgeordnete mit Wirtschaftsinteressen verflochten, ist ein Erfolg einer Kampagne, die wir zusammen mit „Mehr Demokratie“ und „Transparency International“ schon sehr früh gemacht haben. Dass der Gentechnikmais MON 810 in Deutschland verboten ist, liegt nicht nur an Campact, sondern an einer Bewegung von vielen Umweltorganisationen und lokalen Initiativen. Dasselbe gilt für den Automaustieg und auch bei TTIP sieht man die Wirksamkeit.

Haben große medienwirksame Kampagnen wie zu TTIP Konsequenzen für Aktionen mit weniger Unterschriften? Sind die dann weniger wirksam?

Das glaube ich nicht. Die Wirksamkeit ergibt sich nicht allein aus den Petitionen. Worum es eigentlich geht, ist diese Kraft der Petitionen dazu zu nutzen, zu Situationen in der realen Welt zu kommen, wo Bürgerinnen und Bürger sich an Politiker wenden, und dass Entscheidungsträger mit Bürgerprotest konfrontiert werden. Das, glaube ich, unterscheidet Campact auch von anderen Plattformen, wo es im Wesentlichen nur um das Unterzeichnen von Anliegen geht.

Es geht also schon darum, breiten Protest auf unterschiedlichen Ebenen zu integrieren und Leute nicht nur klicken zu lassen?

Genau, man muss sehen, dass es für Campact von Anfang an so war. Aber je größer wir werden, desto größer wird auch der Teil, der sich auf Demonstrationen und auf der Straße abspielt oder auf dezentralen Veranstaltungen. Und es geht tatsächlich darum, zu gucken: Gibt es Themenfelder, wo wir davon ausgehen, dass Bewegung denkbar und möglich ist und es Anzeichen dafür gibt, dass das passiert. Es geht schon darum, für die wichtigen Anliegen in einer bestimmten Zeit zu schauen: Wo lässt sich Politik in eine andere Richtung lenken und dort auch gemeinsam als Bewegung entsprechenden Druck ausüben. Und parallel zum Kampf um die Energiewende geht es nun darum, eine Wende in der

Agrarpolitik zu erreichen, und da sehen wir, dass viele Bürgerinnen und Bürger besorgt sind, aber auch viele NGOs und Verbände in diesem Bereich unterwegs sind.

Campact ist seit November Mitglied beim DNR, aber nicht im klassischen Sinn ein Natur-, Tier- oder Umweltschutzverband. Was hat die Entscheidung begründet, dem DNR beizutreten?

Also wir finden, dass der DNR eine gute Arbeit macht, dass es wichtig ist, dass es eine Vernetzung der Umweltverbände gibt. Campact arbeitet immer bei Kampagnen in Bündnissen mit Fachorganisationen, die gezielt Wissen bereitstellen. Für Campact ist zum Beispiel die EU-Koordination des DNR ein ganz wichtiger Ansprechpartner und eine sehr wichtige Informationsquelle. Die Entscheidung, dem DNR beizutreten, hängt damit zusammen, dass wir so eine Einrichtung dann auch unterstützen wollen und mit dazu beitragen können, dass der DNR diese Arbeit fortsetzt und verstärkt.

Wie kann Campact den DNR bereichern?

Ich glaube, was wir beizutragen haben, ist, dass wir in der Lage sind, innerhalb sehr kurzer Zeit sehr schnell aktionsfähig zu werden und wenn eine Entscheidung auf der Kippe steht, diese zu unterstützen. Das heißt, wir können, woran die DNR-Mitgliedsorganisationen über Jahrzehnte vielleicht gearbeitet haben, eventuell in dem Moment, wo sich ein Möglichkeitsfenster öffnet, unterstützen und zu dem Zeitpunkt, wo es drauf ankommt, auch die notwendige Kraft und die notwendigen Hebel bereitstellen.

[Interview: Eric Janacek, Elena Schägg]

Dr. Günter Metzges ist eines der Gründungsmitglieder und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes von Campact.

Kontakt:
E-Mail:
info@campact.de,
www.campact.de



EU-Expertengruppen**Ombudsfrau fordert Gesetzesrahmen**

■ Die Ombudsfrau der Europäischen Union Emily O'Reilly hat Ende Januar die EU-Kommission dazu aufgefordert, einen verbindlichen Gesetzesrahmen für ihre Expertengruppen zu schaffen, um diese repräsentativ mit unterschiedlichen Interessengruppen zu besetzen.

Die Expertengruppen beraten die EU-Kommission bei Gesetzgebungsprozessen und unterstützen sie bei der Erstellung von Rechtsakten und Strategien. Laut O'Reilly sollte die EU-Kommission für jede Gruppe unter Berücksichtigung der betroffenen Interessengruppen und der jeweils benötigten Expertise festlegen, wie dort unterschiedliche Interessen ausgeglichen vertreten sein können. Außerdem sei es notwendig, Bewerbungsausschreibungen in den Expertengruppen öffentlich zu machen. Organisationen und Einzelpersonen sollten nur in solchen Gruppen mitwirken dürfen, wenn sie sich in das EU-Transparenzregister eingetragen haben.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände begrüßen die Forderungen. Wie der europäische Umwelteinformationsdienst ENDS meldete, sagte Pieter de Pous vom Europäischen Umweltbüro, die Empfehlungen der Ombudsfrau kämen gerade rechtzeitig, da die Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker versuche, die Macht der Kommission zu erweitern und zu zentralisieren.

Schon im September 2012 hatte das EU-Parlament die Kommission zur Nachbesserung der Zusammensetzungen der Expertengruppen aufgefordert. Ende Oktober 2014 hat das Parlament dann zum zweiten Mal innerhalb von vier Jahren für das Einfrieren der Budgets der Expertengruppen der EU-Kommission gestimmt, da diese von Unternehmen dominiert würden. [jb]

- ▶ www.ombudsman.europa.eu/en/press/release.faces/en/58870/html.bookmark
- ▶ www.ombudsman.europa.eu/en/cases/correspondence.faces/en/58861/html.bookmark
- ▶ www.endseurope.com

VERKEHR & TOURISMUS

Globaler Verkehrsausblick**Bis 2050 deutlich erhöhtes Verkehrsaufkommen**

■ Der weltweite Personenverkehr auf Straßen und Schienen wird bis 2050 abhängig von Kraftstoffpreisen und Verkehrsplanung um 120 bis 230 Prozent wachsen. Das geht aus dem Transport Outlook 2015 hervor, einem Ende Januar veröffentlichten Bericht über aktuelle Trends und Ausblick auf die zukünftige Entwicklung des Verkehrs von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Der Anstieg ginge vor allem von wachsenden Ländern in Lateinamerika sowie von China und Indien aus, wo die OECD eine Zunahme der Passagieraufkommen zwischen 240 und 450 Prozent annimmt.

Der Bericht legt besonderes Augenmerk auf den internationalen Güterverkehr und dessen CO₂-Emissionen sowie auf den Verkehr in den Ballungszentren Lateinamerikas, Indiens und Chinas. Die OECD hat verschiedene Szenarien mit unterschiedlichen Entwicklungen der Kraftstoffpreise und der öffentlichen Verkehrsmittel entworfen. Der CO₂-Ausstoß würde durch den Anstieg des globalen Verkehrs zur Personenbeförderung demnach um 30 bis 110 Prozent steigen. Um ihn zu verringern, empfiehlt die OECD vor allem den Ausbau öffentlicher Transportmittel in den urbanen Zentren Süd- und Lateinamerikas sowie Südostasiens und die Verteuerung von Kraftstoffen.

Für den Güterverkehr auf Straße und Schiene prognostiziert die OECD gar ein Wachstum von 230 bis 420 Prozent bis 2050. Die Zunahme des internationalen Handels würde zu beispiellosen Veränderungen des weltweiten Verkehrs führen. Um dies zu vermeiden oder abzuschwächen, seien vor allem Steigerungen der Energieeffizienz von Verkehrsträgern und die Verschlankung und Optimierung von Lieferketten notwendig. [ej]

▶ Transport Outlook 2015:

www.oecd-ilibrary.org/transport/itf-transport-outlook-2015_9789282107782-en

CO₂-Grenzwerte**Regierungsstudie gegen Verschärfung**

■ Einer Studie des IKA-Instituts für Kraftfahrzeuge der Technischen Hochschule Aachen (TH) im Auftrag der Bundesregierung zufolge sind weitere Verringerungen des CO₂-Ausstoßes bei Pkws nur durch alternative Antriebstechnologien möglich. Schon das EU-Ziel, eine Reduktion durch eine Begrenzung des durchschnittlichen Fahrzeugausstoßes auf 95 Gramm CO₂ pro Kilometer bis 2020 zu senken, sei anspruchsvoll.

Der Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums Matthias Machnig hat die Studie Ende Januar in Brüssel vorgestellt. Demnach ist eine Verringerung auf 78 Gramm CO₂ pro Kilometer bis 2030 – ein von Mitgliedern des Umweltausschusses des Europaparlaments vorgeschlagener Wert – technisch machbar, allerdings zu teuer. Deshalb empfehlen die Autoren, Hersteller emissionsarmer Fahrzeuge stärker finanziell zu unterstützen. Anstatt den CO₂-Ausstoß herkömmlicher Pkws zu senken, sollten beispielsweise Elektroautos stärker subventioniert werden.

Dieses Jahr wird die EU Höchstwerte für den CO₂-Ausstoß von Neuwagen nach 2020 festlegen. Nach einem Bericht der Wochenzeitung Zeit positioniert sich die Bundesregierung mit der wirtschaftsfreundlichen Studie bereits gegen strengere CO₂-Obergrenzen. Der International Council on Clean Transportation (ICCT), eine unabhängige Beratungsorganisation, habe allerdings die berechneten Kosten als zu hoch und die Schlussfolgerungen als falsch bewertet. Die zugrunde liegenden Daten würden hauptsächlich auf Angaben der Hersteller beruhen.

Bereits als Anfang 2014 die derzeit gültigen EU-Grenzwerte beschlossen worden waren, gab es Kritik gegen die Blockadehaltung der Bundesregierung, die mehrere in

der EU erzielte Einigungen zu strengeren Grenzwerten verhinderte und gleichzeitig Parteispenden von mehreren Hunderttausend Euro von der Familie Quandt, maßgeblichen Anteilseignern von BMW, erhielt (umwelt aktuell 11/13, S. 24f.).

Auch Lutz Eckstein, Leiter des IKA-Instituts und Mitherausgeber der Regierungsstudie, ist mit Vertretern der Automobilindustrie bekannt. Er hat nach Angaben der Aachener Zeitung Ende 2014 Daimler-Chef Dieter Zetsche zur Kinderuni der TH Aachen eingeladen, um über die Zukunft des Automobils zu berichten. Laut dem EU-Lobbyregister hat Daimler allein für das EU-Parlament fünf Lobbyisten akkreditiert und gibt nach eigenen Angaben 2,6 Millionen Euro pro Jahr für Lobbyarbeit bei der EU aus. [ej]

- ▶ www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=687164
- ▶ www.zeit.de/mobilitaet/2015-01/autoindustrie-co2-grenzwert-eu
- ▶ EU-Lobbyregister: www.kurzlink.de/eulrmerc
- ▶ www.kurzlink.de/azzetsche

Schadstoffausstoß

Überdosis in deutschen Städten

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat im Februar erste Ergebnisse von Messungen der Luftschadstoffe an 500 Messstationen zur Erfassung der Luftqualität 2014 in Deutschland veröffentlicht. Die Stickstoffdioxidwerte (NO₂) aus Autoabgasen überschritten demnach an der Hälfte der Messstationen die EU-Grenzwerte.

An zehn Prozent der verkehrsnahen Messstationen sind zudem Überschreitungen der EU-Feinstaubgrenzen festgestellt worden. Legt man jedoch die strengeren Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation zugrunde, würde an fast der Hälfte aller Messstationen der Grenzwert überschritten. Laut UBA wird sich der Prozentsatz der Messorte mit zu hohen Stickstoffwerten noch deutlich erhöhen, denn noch sind nicht alle Daten ausgewertet. Die Ergebnisse von 124 weiteren Messstationen veröffentlicht das Amt im Mai.

„Um die Grenzwertüberschreitungen beim Stickstoffdioxid in den Griff zu bekommen, ist es wichtig, dass die neue Abgasnorm EURO 6 auch im realen Verkehr zu weniger Emissionen führt. Bisher können das viele Fahrzeughersteller nur im Labor garantieren“, sagte Maria Krautzberger, Präsidentin des UBA. Neben den verkehrsbedingten Schadstoffen muss dem UBA zufolge auch der Feinstaub aus Holzfeueranlagen reduziert werden. Sie wiesen einen höheren Feinstaubausstoß auf als der Verkehrsbereich. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/ubalq14

Radverkehr

Münster weiter spitze

■ Beim 6. Fahrradklimatest des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) – unterstützt vom Bundesverkehrsministerium – hat das nordrhein-westfälische Münster seinen Platz als fahrradfreundlichste Stadt behauptet. Der Test zeichnet Kommunen aus, die den Radverkehr besonders vorantreiben. Kriterien dafür sind unter anderem Anzahl und Qualität der Radwege, günstige Ampelschaltungen oder die Sicherheit der Radfahrer. [mbu]

- ▶ www.adfc.de/news/adfc-fahrradklima-test-2014-die-ergebnisse

WASSER & MEERE

Nord- und Ostsee

Klage für Meeresschutz

■ Eine Allianz aus Umweltverbänden hat gegen das Bundesamt für Naturschutz geklagt. Mit der Klage möchte das Bündnis die Blockadepolitik des Bundeslandwirtschaftsministeriums aufbrechen und die Bundesregierung zum Handeln auffordern. Es geht um die Schutzgebiete in der deutschen AWZ (Ausschließliche Wirtschaftszone)

der Nord- und Ostsee und um Zuständigkeiten zwischen dem Bundesumwelt- sowie dem Bundeslandwirtschaftsministerium.

Seit acht Jahren gibt es in Deutschland zehn ausgewiesene Natura-2000-Schutzgebiete, in denen umweltschädliche Fischereimethoden wie Grundschleppnetze und Stellnetze benutzt werden. Zudem gibt es in den Gebieten viel Schiffsverkehr, es wird Kies und Sand abgebaut sowie nach Öl und Gas gesucht.

Deshalb reichten der DNR, der NABU, der BUND, Greenpeace, WWF, die Deutsche Umwelthilfe und WDC (Whale and Dolphin Conservation) Ende Januar eine formelle Klage am Verwaltungsgericht Köln ein. Dieses soll nun klären, ob die derzeitige Fischereipraxis mit dem Schutz und den Erhaltungszielen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie sowie der EU-Vogelschutzrichtlinie vereinbar ist. „Der dringend notwendige Schutz von Nord- und Ostsee verwaist dabei im Gerangel der ministeriellen Zuständigkeiten und droht am Widerstand wirtschaftlicher Interessen zu scheitern“, kritisierten die Kläger. [mk]

- ▶ www.kurzlink.de/Klage-gegen-BfN-2015

Europäische Fischereipolitik

Anlandepflicht von Fischbeifang wird Gesetz

■ EU-Kommission, -Rat und -Parlament haben sich Ende Januar im Trilogverfahren auf einen Verordnungstext geeinigt, der Fischer verpflichtet, Beifang anzulanden und nicht mehr über Bord zu werfen. Schwierigkeiten gibt es bei der Umsetzung.

Obwohl das Rückwurfverbot seit Januar 2015 im Rahmen der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) gilt, konnte es bisher nicht umgesetzt werden. Die neue GFP steht konträr zu bestehenden Verordnungen über Mindestanlandegrößen, Vorschriften über die Fangzusammensetzung und Beifangregelungen. Bevor das Rückwurfverbot in Kraft treten kann, müssen noch eine Reihe älterer

Nachhaltigkeit

A-Z

G wie
Geocaching

Geocaching nennt sich die moderne Variante der Schnitzeljagd. Das ist nur eine von vielen vorgestellten, sehr kreativen Möglichkeiten, digitale Medien in der Bildung für nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Deren vielversprechendes didaktisches Potenzial zeigen zahlreiche anschauliche Beispiele und Praxisprojekte.

U. Michel, A. Siegmund, M. Ehlers,
M. Jahn, A. Bittner (Hrsg.)

**Digitale Medien in der Bildung
für nachhaltige Entwicklung**
Potenziale und Grenzen

200 Seiten, broschiert, komplett in Farbe,
24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-429-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


Die guten Seiten der Zukunft

Verordnungen aufgehoben oder geändert werden, da sie die Fischer zwingen, Fische zurückzuwerfen.

Die sogenannte „Omnibus“-Verordnung führt dazu, dass die Anlandepflicht von Fischbeifang stufenweise bis 2019 in europäischen Gewässern eingeführt wird. Sie muss aber noch offiziell vom Rat und dem Parlament verabschiedet werden. Ferner haben sie die EU-Kommission aufgerufen, Vorschläge zur Veränderung der älteren Verordnungen einzubringen. [mk]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-vo-beifang02.2015
- ▶ www.kurzlink.de/EP-PR_discard-ban

Meereserwärmung**Tiefsee heizt sich weiter auf**

■ Ein internationales ForscherInnen-Team hat herausgefunden, dass sich die Meere bis 2.000 Meter Tiefe seit 2006 um 0,4 bis 0,6 Watt erwärmt haben. Die ForscherInnen gehen davon aus, dass der geringere Anstieg der globalen Oberflächentemperatur im letzten Jahrzehnt keineswegs eine Erwärmungspause gewesen sei, sondern die Wärme in tieferen Gegenden gespeichert wurde.

In der Fachzeitschrift Nature konnten die AutorInnen mithilfe von fast 4.000 Argo-Bojen, die in den Weltmeeren zur Datensammlung schwimmen, nachweisen, wie innerhalb von sieben Jahren die Wassertemperaturen anstiegen. Die WissenschaftlerInnen sehen somit den allgemeinen Erwärmungstrend bestätigt. [mk]

- ▶ www.nature.com/nclimate/journal/vaop/ncurrent/full/nclimate2513.html

Ökosystemdienstleistungen**Vom Nutzen des
Gewässerschutzes**

■ Das Bundesamt für Naturschutz hat in einer im Februar veröffentlichten Studie den positiven Nutzen von Gewässer- und

Auenrenaturierung für Gesellschaft und Natur herausgestellt.

Die AutorInnen zeigen mit beispielhaften Einzelmaßnahmen, dass intakte Gewässer zur Hochwasserrückhaltung und als Grundwasserreservoir dienen können. Zudem verbessern naturnahe Gewässer die Wasserqualität. Landwirtschaftlich überstrapazierte Böden mit überschüssigen Nährstoffen wie Nitraten und Phosphaten können durch intakte Auen gesunden und die Stoffeinträge gelangen nicht in die Flüsse und Meere. Diese Feuchtgebiete besitzen eine wichtige Filter- und Blockadefunktion. Die durch Regenwasser abgetragenen Gesteinspartikel, die mit Phosphat an Sedimente gebunden sind, können im Auenboden versickern und lassen sich durch die Feuchtigkeit schneller in unschädlichen Stickstoff umwandeln. Die Nährstoffbelastung kann auf natürliche Weise vermindert werden.

In der Studie werden ebenfalls ökonomische Beispiele aufgezeigt, wonach eine Gewässer- und Auenrenaturierung kostengünstig Treibhausgase vermindern kann. Laut Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, zeigt die Broschüre, wie wichtig eine umfassende ökonomische Betrachtung von Gewässern und Auen ist und welchen gesellschaftlichen Nutzen diese bringt. [mk]

- ▶ www.kurzlink.de/BfN-Auenschutz

UN-Hochseeabkommen**Sheriffs für die Weltmeere**

■ Die Vereinten Nationen haben Ende Januar beschlossen, eine Konferenz zum Schutz internationaler Meeresgebiete einzuberufen. Die zwischenstaatliche Konferenz soll den Entwurf eines rechtsverbindlichen Abkommens vorbereiten. Nachdem die UN-Staaten bereits seit zehn Jahren über ein derartiges Abkommen verhandelt haben, wird nun ein internationales Komitee, zusammengesetzt aus Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Vertretern der 193 Vertragsstaaten, die Arbeit aufnehmen.

Fast zwei Drittel der Weltmeere befinden sich außerhalb der 200-Seemeilenzone, also jenseits nationaler Zuständigkeiten und sogenannter Ausschließlicher Wirtschaftszonen. Bisher sind die Weltmeere rechtlich ungeschützt. Fehlende staatliche oder überstaatliche Kontrollen gelten als Grund für den kritischen und sich stetig verschlechternden Zustand der Hochsee. Für die kommenden Jahre sind Meereschutzgebiete, Technologietransfers und die Anfertigung von Meeresverträglichkeitsstudien geplant. Karin Sack von der Umwelt-NGO PEW Charitable Trusts begrüßte den Verhandlungsdurchbruch: „Ein neues internationales Abkommen durch die Vereinten Nationen würde den Weg bereiten, Meeresschutzgebiete in internationalen Gewässern einzurichten sowie marine Lebensräume und Ökosysteme wiederzubeleben.“

Zunächst müssen die UN-Mitgliedstaaten in der Vollversammlung dem Entwurf noch formal zustimmen. Anfang 2018 soll das Hochseebkommen dann in Kraft treten. [mk]

- ▶ www.iisd.ca/download/pdf/enb2594e.pdf
- ▶ www.kurzlink.de/PEW-Hochseeschutz

Trinkwasserqualität

Na dann, Prost

■ Mitte Februar veröffentlichte das Umweltbundesamt (UBA) einen Bericht, in dem die Wasserqualität aus den Jahren 2011 bis 2013 aus allen größeren Wasserversorgungen untersucht wurde. Laut UBA bekommt das deutsche Trinkwasser fast immer die Note „sehr gut“. Überschreitungen von Grenzwerten gebe es nur in Einzelfällen. Obwohl das Grundwasser vielerorts durch intensive Landwirtschaft stark beeinträchtigt sei und erhöhte Nitrat-, Kunstdünger- und Güllewerte das Ökosystem gefährden, könne kein Rückschluss dieser Beeinträchtigungen auf die Trinkwasserqualität gezogen werden.

In der EG-Trinkwasserrichtlinie haben sich alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet,

alle drei Jahre einen Trinkwasserbericht vorzulegen. In Deutschland betrifft die Richtlinie 2.460 Wasserversorgungsgebiete. [mk]

- ▶ www.kurzlink.de/Trinkwasserbericht15
- ▶ http://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Umwelt/Deutsches-Trinkwasser-fast-immer-einwandfrei_article1423811027.html

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

TTIP- & CETA-Abkommen

Eckpunktepapier gegen Handelsabkommen

■ Die Initiativgruppe für verantwortungsvolle Handelspolitik warnt vor der Senkung europäischer Standards durch das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) und durch das bereits beschlossene Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA). Die Bereiche Arbeit, Gesundheit, Kultur, Umwelt und Verbraucherschutz seien in Gefahr.

Der Zusammenschluss von Institutionen und Organisationen umfasst neben dem Deutschen Naturschutzring unter anderem die Akademie der Künste, den Deutschen Kulturrat, den Deutschen Gewerkschaftsbund, die IG Metall und Verdi, die Verbraucherzentrale Bundesverband, den BUND, den Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft und Transparency International Deutschland.

In einem gemeinsamen Positionspapier kritisiert die Gruppe außerdem vier weitere Bereiche, die Teil der transatlantischen Abkommen sind: regulatorische Kooperation, Investorenschutz, Liberalisierung von Dienstleistungen sowie die Auswirkungen auf Klimaschutz und Energiepolitik.

In dem Papier fordern sie „eine Handels- und Investitionsschutzpolitik, die auf hohen ökologischen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere die Souve-

ränität der Parlamente erhalten, nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt respektieren, kommunale Selbstverwaltung und Aufgabenerfüllung gewährleisten, Transparenz in globalen Wertschöpfungsketten erhöhen sowie Unternehmensverantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit stärken.“

Anfang Februar fand die achte Verhandlungsrunde des TTIP statt. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/position-ttip-ceta

Grüne Wirtschaft

Europäischer Dachverband gegründet

■ Die nachhaltigen Unternehmensverbände UnternehmensGrün aus Deutschland, Entreprenre Vert aus Frankreich und Grüne Wirtschaft aus Österreich haben den Verband Ecopreneur.eu gegründet. Mit dem Zusammenschluss vertritt der neue Dachverband über 900 Mitgliedsunternehmen. Weitere Verbände aus Spanien, Dänemark, Norwegen und England werden dazukommen.

Die Aufgaben des Dachverbands sind es, eine engere Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen zu fördern und sich für eine ökologischere Ausrichtung der europäischen Wirtschaft in Brüssel einzusetzen.

Laut Volker Plass, dem Bundessprecher der Grünen Wirtschaft, wird dadurch der Übermacht der herkömmlichen Wirtschaftsverbände eine nachhaltigere und gerechtere Wirtschaft gegenübergestellt. Schwerpunkte von Ecopreneur.eu sind beispielsweise die Umsetzung der europäischen Energiewende, das Ende des Steuerwettbewerbs in der EU, die Schaffung einer Sozialunion und ein fairer, grüner Freihandel. Deswegen fordert auch der Dachverband, dass die Verhandlungen der Freihandelsabkommen TTIP und CETA gestoppt werden. [jb]

- ▶ www.ecopreneur.eu

TTIP-Abkommen

Handelsausschuss des EU-Parlaments lehnt ISDS ab

■ Der Abgeordnete des Europäischen Parlaments und TTIP-Berichtersteller Bernd Lange (SPD) hat auf seiner Homepage die vorläufige Position des Handelsausschusses zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) veröffentlicht. Aus dem Dokument geht hervor, dass der Ausschuss das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA zwar unterstützt, jedoch nur, wenn der Schutz von Umwelt und VerbraucherInnen gewährleistet ist und gemeinsame Standards eine hohe Qualität haben.

Besonders interessant ist die Position des Handelsausschusses zu den umstrittenen Investor-Staat-Klagen (ISDS), die Teil von TTIP werden sollen. Demnach seien die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vor internationalen Schiedsgerichten nicht notwendig, da sowohl die EU als auch die USA über gut funktionierende Rechtssysteme verfügen würden. Vielmehr sei eine Staat-zu-Staat-Regelung, die vor nationalen Gerichten entschieden wird, vollkommen ausreichend.

Dem europäischen Informationsdienst EurActiv teilte Lange mit: „TTIP bietet die

Chance, weltweit hohe Standards für fairen Handel zu setzen und Globalisierung endlich sozialer zu gestalten. Diese Gelegenheit sollten wir nicht durch politisch und wirtschaftlich höchst umstrittene Inhalte wie Investor-Staat-Schiedsgerichte oder aus dem Ruder laufende regulatorische Kooperation gefährden.“

Das EU-Parlament nimmt zwar nicht an den TTIP-Verhandlungen teil, wird aber nach deren Abschluss dem Abkommen zustimmen müssen, bevor das Abkommen in Kraft treten kann. [lr]

► www.kurzlink.de/pos-ttip-ep-handel

► www.kurzlink.de/euractiv-ep-handel

Ressourcen- und Gesundheitsschutz

Blauer Engel für emissionsarme Druckerzeugnisse

■ Druckereien und Auftraggeber, die mit ihren Printprodukten ein sichtbares Zeichen für Mensch und Umwelt setzen, können seit dem 1. März 2015 den Blauen Engel Druckerzeugnisse (UZ 195) bei der RAL gGmbH beantragen. Mit dem neuen Umweltzeichen wurde ein Standard etabliert, der über die Vorgaben des EU-Umweltzeichens für Druckerzeug-

nisse hinausgeht. Er soll als Benchmark dazu beitragen, dass sich im Druckerei- und Verlagswesen ein hoher ökologischer Standard durchsetzt. Dafür wurden erstmals auch Tief-, Digital- und Flexodruck mitaufgenommen.

Die wichtigsten Vergabekriterien für das UZ 195 sind:

- Ausschließlicher Einsatz von mit dem Blauen Engel 14 oder 72 zertifizierten Recyclingpapier
- Begrenzung der VOC-Emissionen in der Druckerei
- Verwendung von mineralölfreien, schadstoffarmen Druckfarben (ab 2017)
- Verwendung von emissionsarmen Klebstoffen
- Gebot der hochwertigen Recycelbarkeit des gebrauchten Produktes
- Energie- und Abfallmanagement im Druckhaus.

Die Kriterien wurden unter Führung des Münchener oekom verlags von Experten des ifeu- und des Ökopoll-Instituts entwickelt und in einem regen Dialogprozess mit allen beteiligten Interessengruppen der Branche auf ihre Praxisauglichkeit hin abgeklöpft. [ao]

► www.blauer-engel.de/de/s/UZ195

► www.nachhaltig-publizieren.de

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Entwicklungschancen

Stadtbewohner(innen) essen, was die Landbevölkerung produziert – und ignorieren die mit der Lebensmittelversorgung verbundenen Verantwortungen und Chancen. Der Raumplaner und Blogger Philipp Stierand möchte dies ändern und beleuchtet die Hintergründe städtischer Lebensmittelversorgung. Er zeigt anhand der internationalen Diskussion und vieler Praxisprojekte, wie wir die Aufgabe einer nachhaltigen urbanen Lebensmittelversorgung in Angriff nehmen können.

Philipp Stierand
Speiseräume
 Die Ernährungswende beginnt in der Stadt

224 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-670-2

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

DNR INTERN

DNR-Präsidium

Rücktritt des Präsidenten

■ Der im Dezember 2012 gewählte Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR) Hartmut Vogtmann hat aus gesundheitlichen und persönlichen Gründen am 9. Februar mit sofortiger Wirkung sein Amt niedergelegt.

Der DNR bedauert diesen Schritt sehr. Das Präsidium dankt Hartmut Vogtmann auch im Namen der fast 100 Mitgliedsverbände für seine großen Verdienste um den Naturschutz im Allgemeinen und für den DNR als Dachverband der Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände im Besonderen. „Wir wünschen Hardy Vogtmann, dem Wegbereiter des ökologischen Landbaus nicht nur in Deutschland, alles erdenklich Gute“, sagte Leif Miller, der Erste Vizepräsident des DNR.

Bis zur Neuwahl eines Präsidenten oder einer Präsidentin bei der Mitgliederversammlung im kommenden November führen der Erste Vizepräsident Leif Miller und die Zweite Vizepräsidentin Undine Kurth die Amtsgeschäfte des DNR. [red]

- ▶ DNR, Generalsekretärin, Liselotte Unseld, Tel. +49 (0)30 / 6781775-99, E-Mail: liselotte.unseld@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ DNR, Geschäftsführerin, Helga Inden-Heinrich, Tel. + 49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: helga.inden-heinrich.de@dnr.de

Projekt Ökologische Gerechtigkeit

Konferenz „Die neue Lobby! – für gerechte Nachhaltigkeit“

■ In welche Richtung treibt unsere Gesellschaft? Welche Werte und Ziele zählen wirklich? Und vor allem: Wer hat die Stimme, den Einfluss, die Diskursmacht diese Richtung zu lancieren? Um diese Fragen und um den Ansatz, den das Projekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch

soziale Herausforderung“ verfolgt, geht es auf der Konferenz „Die neue Lobby! – Für nachhaltige Gerechtigkeit und gerechte Nachhaltigkeit“, die der DNR am 19. März im Berlin veranstaltet.

Außerdem soll die Entwicklung, die aus den Vernetzungsbestrebungen des DNR mit Partnerinnen und Partnern aus Sozialverbänden, Kirchen, Entwicklungsorganisationen entstanden ist, diskutiert und zukünftige Herausforderungen betrachtet werden. Der DNR setzt sich seit Langem für das Thema ökologische Gerechtigkeit ein. Im derzeitigen Projekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch soziale Herausforderung“ war das Hauptziel, die zivilgesellschaftlichen Bereiche Umwelt und Soziales einander näherzubringen, auf gemeinsame Schnittmengen aufmerksam zu machen und zur Zusammenarbeit anzuregen. [mbu]

- ▶ DNR, Theresa Klostermeyer, Tel. +49 (0)30 / 678177587, theresa.klostermeyer@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de

Projekt Reform Bundesberggesetz

Workshop „Modernes Bergrecht für 21. Jahrhundert“

■ Das deutsche Bergrecht ist veraltet und eine Reform längst überfällig: Das Bundesberggesetz (BBergG) gibt dem Bergbau weitgehend Vorrang vor anderen Interessen und Rechten – insbesondere Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz sowie individuellen Grundrechten. Der DNR setzt sich im Rahmen des Verbändeförderungsprojektes „Umwelt- und Ressourcenschutz und Reform des Bundesberggesetzes“ für eine Novellierung des BBergG ein.

Die Mitgliedsverbände des DNR sind aufgefordert, an der Positionsbestimmung mitzuwirken und die Planung strategischer Schritte mitzugestalten. Eine Möglichkeit dazu bietet ein Verbändeworkshop, der am 6. März in Berlin stattfindet. Unter dem Titel „Ein modernes Bergrecht für das 21. Jahrhun-

dert – Positionen, Ziele, Maßnahmen“ will der Projektleiter Daniel Hiß mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Vorschlag für ein DNR-Positionspapier diskutieren. Ein Blick in die Zukunft ist auch geplant. So steht auf dem Programm des Workshops, wie es gemeinsam gelingen kann, vor der Bundestagswahl 2017 das Thema Reform des Bundesberggesetzes auf die politische Agenda zu setzen und zu forcieren. [mbu]

- ▶ DNR, Daniel Hiß, Tel. +49 (0)30 / 6781775-72, E-Mail: daniel.hiss@dnr.de, www.dnr.de/projekte/reform-des-bundesberggesetzes

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 100 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Bis die vier neuen Mitglieder in Form von Kurzportraits vorgestellt sind, verabschieden wir uns vorübergehend von der alphabetischen Reihenfolge und präsentieren Ihnen in den folgenden Ausgaben je ein alteingesessenes Mitglied sowie zwei Neuzugänge.

Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer

Die Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer wurde 1962 gegründet. Sie umfasst ein Netzwerk von 20 Stationen und Informationszentren an der Nordseeküste von Schleswig-Holstein und auf den Inseln und Halligen. Der private Verein betreut im Auftrag des Landes große Flächen des heutigen Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und verschiedene Naturschutzgebiete. Das Ziel ist ein zunehmendes Verständnis und die Faszination für das Ökosystem Wattenmeer und die Nordsee, ein besserer Schutz und mehr Schutzbereitschaft. Ein Großteil der 90 MitarbeiterInnen arbeitet ehrenamtlich, im Praktikum, im Bundesfreiwilligendienst und im Freiwilligen Ökologischen Jahr. [jb]

- Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer, Johann Waller, Husum, Tel. +49 (0)4841 / 668530, E-Mail: info@schutzstation-wattenmeer.de, www.schutzstation-wattenmeer.de

Forum für internationale Entwicklung + Planung (finep)

Finep ist eine gemeinnützige Projekt- und Beratungsorganisation für nachhaltige Entwicklung, die 2005 in Esslingen gegründet wurde. Den Fokus legt das Team auf die Themen Entwicklungspolitik, Umweltpolitik und lokale Demokratie. Dazu entwickeln die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam mit einem breiten Partnernetzwerk in ganz Europa Projekte und setzen sie um. In den vergangenen Jahren lagen im Umweltbereich die Schwerpunkte auf der interkulturellen Öffnung des Umwelt- und Naturschutzes, der Sensibilisierung für eine nachhaltige Ernährung sowie auf dem Flächenmanagement in Gemeinden des ländlichen Raumes. Zu diesen Themen macht Finep den abstrakten Begriff der Nachhaltigkeit durch innovative Bildungsansätze konkret und entwickelt Methoden, um neue Zielgruppen anzusprechen. Für die Vernetzung von Akteuren bringt die Organisation ihr Know-how zu Moderation und Prozessgestaltung ein. In den beiden Büros in Esslingen am Neckar und in Berlin arbeiten 14 MitarbeiterInnen. Die Mittel für die Arbeit werden vor allem durch Projektanträge an die Europäische Kommission, an Bundes- und Landesministerien sowie Stiftungen und durch Dienstleistungen akquiriert. [red]

- finep, Geschäftsführer Ralph Griese, Esslingen, Tel. + 49 (0)711 / 932768-0, Fax -99, E-Mail: info@finep.org, www.finep.org

Pro Wildlife

Seit 1999 setzt sich Pro Wildlife dafür ein, dass Wildtiere und ihr Lebensraum besser geschützt werden. Pro Wildlife dokumentiert den Handel mit bedrohten Arten und erarbeitet Informationen für Konferenzen wie die Internationale Walfangkommission (IWC) und das Washingtoner Artenschutzübereinkommen (engl. CITES). Den Schutzstatus Dutzender Arten konnte Pro Wildlife bereits erfolgreich verbessern und

den Handel mit sowie die Bejagung von zahlreichen Tieren eindämmen. In Afrika und Asien fördert Pro Wildlife Arten- und Tierschutzprojekte, zum Beispiel Auffangstationen für Elefanten und Affen, sowie Projekte, die Lebensraum schützen und der lokalen Bevölkerung alternative Einkommen ermöglichen. Als Mitglied im internationalen Artenschutznetzwerk Species Survival Network (SSN) ist Pro Wildlife mit 100 Artenschutzorganisationen aus aller Welt vernetzt und koordiniert deren Arbeit in Europa. [red]

- Pro Wildlife, Daniela Freyer, Tel. +49 (0)89 / 81299507, E-Mail: mail@prowildlife.de, www.prowildlife.de

Wanderbares Deutschland

Ausgezeichnete Wege

■ Auf der Tourismus- und Freizeitmesse CMT im Januar in Stuttgart hat der Deutsche Wanderverband (DWV) 35 Wanderwege aus neun Bundesländern als „Qualitätswege Wanderbares Deutschland“ gewürdigt. Mit der Paradiestour Prisentäl, der Paradiestour Boller Felsen und der Paradiestour Burgruine Albeck werden erstmals kurze thematische Wege zertifiziert.

Um das Qualitätssiegel zu erhalten, müssen Wege eine Reihe von Qualitätskriterien erfüllen. Sie müssen nicht nur landschaftlich und kulturell abwechslungsreich und möglichst naturbelassen sein, sondern auch eine perfekte Markierung besitzen. Damit Menschen vor Ort direkt die Qualität der Wege beurteilen und gegebenenfalls verbessern können, bildet der Deutsche Wanderverband in den jeweiligen Regionen sogenannte Wegeexperten „Wanderbares Deutschland“ aus. Nicht zuletzt diesen Wegeexperten ist es zu verdanken, dass die DWV-Qualitätsinitiative mehr als zehn Jahre nach der Zertifizierung des ersten Weges zu einem Aushängeschild des deutschen Tourismus geworden ist. Viele Wanderer planen ihren Urlaub entlang der Qualitätswege. [mbu]

- www.wanderverband.de
- www.wanderbares-deutschland.de

Wettbewerb Schulwandern

Draußen erleben – Vielfalt entdecken

■ Ende Februar hat der Deutsche Wanderverband (DWV) auf der Bildungsmesse didacta in Hannover sein jüngstes Projekt „Schulwandern – Draußen erleben. Vielfalt entdecken. Menschen bewegen“ präsentiert. Dazu gehört auch der Schulwanderwettbewerb, der vom 1. Mai bis zum 31. Juli stattfindet. Ziel des Projektes, das der DWV zusammen mit der Johannes Gutenberg-Universität Mainz durchführt, ist es, mehr Kinder und Jugendliche für die Facetten biologischer Vielfalt zu begeistern. Kinder und Jugendliche haben dadurch die Chance ihre Umgebung spielerisch zu erkunden und dabei neue Sinneserfahrungen zu machen sowie Naturphänomene zu erforschen. Der Unterricht im Freien kann die Schülerinnen und Schüler auch motivieren, die eigene Lebensweise zu reflektieren. Das Schulwanderprojekt wird über das Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesumweltministeriums gefördert. [mbu]

- Deutscher Wanderverband, Kassel, Jens Kuhr, Tel. +49 (0)561 / 93873-14, E-Mail: j.kuhr@wanderverband.de, www.wanderverband.de, www.schulwandern.de/text/264/de/wettbewerb.html

EHRENAMT

Bürgerschaftliches Engagement

BBE-Mitglied des Monats: DNR

■ Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat den DNR im Februar zum Mitglied des Monats gekürt. „Mit 5,5 Millionen Mitgliedern in 100 Mitgliedsverbänden ist der Deutsche Naturschutzring, Gründungsmitglied des BBE, der viertgrößte Dachverband in Deutschland“, heißt es in der Begrün-

dung für die Entscheidung. Im Jahr 1950 mit 15 Mitgliedsverbänden gegründet, tritt der DNR inzwischen seit 65 Jahren für Naturschutz und Nachhaltigkeit ein. Aufgabe des Dachverbandes ist es unter anderem, umwelt- und naturschutzpolitische Forderungen der Zivilgesellschaft auf Bundes- und EU-Ebene durchzusetzen, die Arbeit seiner Mitglieder zu koordinieren und über aktuelle Gesetze, Initiativen, Projekte und Studien zu informieren, schreibt das BBE. Die natürlichen Ressourcen auch für zukünftige Generationen zu bewahren und ein nachhaltiges, umweltgerechtes Wirtschaften zu fördern, sind die Ziele des DNR.

Der BBE hebt das DNR-Projekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung“ hervor, das sich dem Beitrag des Umweltschutzes zur sozialen Gerechtigkeit widmet. Hier bringt der DNR Organisationen und Verbände aus Naturschutz und sozialem Engagement zusammen. Die Onlineplattform des Projekts bietet AkteurInnen die Möglichkeit, Kooperationspartner für gemeinsame Ziele und Projekte zu finden, um sich für eine sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu engagieren. Erwähnt wird auch die Beteiligung des DNR am Projekt Forschungswende. Es bietet Umweltverbänden, Entwicklungshilfsorganisationen und anderen Organisationen eine Plattform, um Wissenschaft und Forschung zu diskutieren und helfe diesen, an der Forschungswende für eine nachhaltige Transformation der Gesellschaft mitzuwirken. **[red]**

- ▶ Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin, Tel. +49 (0)30 / 62980110, E-Mail: info@b-b-e.de, www.b-b-e.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Kinderwettbewerb

Erlebter Frühling

■ Die Naturschutz Jugend (NAJU) lädt unter dem Motto „Raus aus dem Haus, rein

in die Natur!“ alle Kinder von drei bis zwölf Jahren ein, die biologische Vielfalt vor der eigenen Haustür zu entdecken. Dazu sind die jungen ForscherInnen aufgerufen, die Frühlingsboten 2015 – Salweide, Bänderschnecke, Zwergfledermaus und Habicht zu suchen und zu erforschen.

Ihre Beobachtungen, Erlebnisse und Erkenntnisse können die Kinder als Zeichnungen, Geschichten, Forschertagebücher sowie gebastelte und multimediale Wettbewerbsbeiträge bis zum 13. Juni 2015 bei der NAJU-Bundesgeschäftsstelle einreichen. Es gibt Experimentierkästen, gefüllte Forscherrucksäcke und viele andere Preise zu gewinnen. Eine Kinderjury entscheidet, wer den Sonderpreis erhält. Der Wettbewerb wird vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert. **[jb]**

- ▶ www.erlebter-fruehling.de

Innovationspreis

Mehrweg umweltfreundlich

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Stiftung Initiative Mehrweg starten die Ausschreibung für den Mehrweg-Innovationspreis für Neuentwicklungen im Bereich umweltfreundlicher Mehrwegsysteme. Bis zum 31. Juli 2015 ist eine schriftliche Bewerbung möglich.

Ausgezeichnet werden dieses Jahr unter anderem VerpackungsherstellerInnen, ProduktdesignerInnen, Produzenten, Handelsunternehmen, wissenschaftliche Institute und Organisationen, die zur verstärkten Verbreitung von Mehrwegglas beitragen. In einer Sonderkategorie werden auch andere Mehrwegideen für Getränkeverpackungen ausgezeichnet. Die Jury besteht aus Experten von Umweltverbänden und der Getränkebranche. Ziel des Wettbewerbs ist eine stärkere Wahrnehmung des Mehrwegsystems und die Bekanntmachung von innovativen Ideen zur Stärkung der Mehrwegbranche. **[jb]**

- ▶ www.kurzlink.de/duh-mip15
- ▶ www.stiftung-mehrweg.de/innovationspreis.php

Nachhaltigkeit

A-Z



Wie Innovation

Um fast zwei Grad werden die Temperaturen in Deutschland bis 2040 steigen. Nur wenn es gelingt zukünftige Klimaveränderungen zu kommunizieren, kann eine rechtzeitige Anpassung gelingen. »Anpassungskommunikation« kann sehr vielfältig sein – und mit Online-Datenbanken, innovativen Veranstaltungsformaten, Filmen oder spielerischen Vermittlungsformen bis hin zu Kunst- und Kulturprojekten arbeiten.

K. Beese, M. Fekkak, C. Katz, C. Kömer, H. Molitor (Hrsg.)
Anpassung an regionale Klimafolgen kommunizieren
 Konzepte, Herausforderungen und Perspektiven

520 Seiten, broschiert, 44,95 Euro, ISBN 978-3-86581-474-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Die guten Seiten der Zukunft

TERMINE

MÄRZ

06.03., Berlin (D)

Ein modernes Bergrecht für das 21. Jahrhundert – Positionen, Ziele, Maßnahmen. Workshop

► Deutscher Naturschutzring, Daniel Hiß, Tel. +49 (0)30 / 6781775-72, E-Mail: daniel.hiss@dnr.de, www.dnr.de

07.–08.03., Hagen (D)

Umweltbildung und globales Lernen. Fortbildung

► Eine Welt Netz NRW, BUNDjugend NRW, Dorothee Tiemann, Tel. +49 (0)251 / 28466923, E-Mail: dorothee.tiemann@eine-welt-netz-nrw.de, www.einfachganzanders.de/fortbildungsreihe

09.–11.03., Tutzing (D)

Politische Ökonomie großer Transformationen.

Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de/programm

13.–15.03., Erfurt (D)

BUVKO Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress. Kongress

► UMKEHR e.V., FUSS e.V., info@buvko.de, www.buvko.de/buvko-programm.html?pk_campaign=NL-Februar-2015-programm

14.03., Essen (D)

Tischlein, deck dich! Mein Essen und die Welt!

Fortbildung

► Eine Welt Netz NRW, BUNDjugend NRW, Dorothee Tiemann, Tel. +49 (0)251 / 28466923, E-Mail: dorothee.tiemann@eine-welt-netz-nrw.de, www.einfachganzanders.de

16.–18.03.2015, Tutzing (D)

Soils, Food Security, Sustainable Land Management and Agriculture. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de/programm

19.03., Berlin (D)

Die neue Lobby! Für nachhaltige Gerechtigkeit und gerechte Nachhaltigkeit. Konferenz

► Deutscher Naturschutzring, Ragna Bergk, Tel. +49 (0)30 / 678177584, ragna.bergk@dnr.de,

www.nachhaltigkeits-check.de

19.03., Berlin (D)

IKEM Jahrestagung 2015: Mobilität und Energiewirtschaft. Konferenz

► Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität, E-Mail: info@ikem-online.de, www.ikem-online.de

19.–20.03., Berlin (D)

Abschlussveranstaltung „Sport bewegt – Biologische Vielfalt erleben“. Tagung

► Deutscher Olympischer Sportbund, www.dosb.de/index.php?id=16124

21.–22.03., Hagen (D)

Umweltbildung und globales Lernen. Fortbildung

► Eine Welt Netz NRW, BUNDjugend NRW, Dorothee Tiemann, Tel. +49 (0)251 / 28466923, E-Mail: dorothee.tiemann@eine-welt-netz-nrw.de, www.einfachganzanders.de/fortbildungsreihe

27.03., Basel (CH)

eco.naturkongress. Kongress

► Verein eco.ch, Marc Zimmermann, Tel. +41 (0)61 / 2051010, E-Mail: info@eco.ch, www.eco.ch

30.03., Brüssel (Bel)

Protecting forests, respecting rights: policy options for EU action on deforestation. Konferenz

► FERN, Tel. +32 (0) 2 / 8944690, www.fern.org

APRIL

16.–17.04., Leipzig (D)

20. Leipziger Umweltrechtliche Symposion – Entwicklungslinien und Perspektiven des Umwelt- und Planungsrechts. Tagung

► Institut für Umwelt- und Planungsrecht der Universität Leipzig, Tanja Krause, Tel. +49 (0)341 / 2351257, E-Mail: tanja.krause@ufz.de, https://conference.ufz.de/frontend/index.php?sub=116

17.–18.04., Berlin (D)

3. Deutsches Nachhaltigkeitsforum: Kommunikation in der Blue Economy – Sprache und Kultur einer nachhaltigen Wirtschaft. Tagung

► Deutsche Umweltstiftung, www.kurzlink.de/dus1704berlin

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell März 2015

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Markus Kutzker [mk], Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggi [es]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Anke Oxenfarth [ao], Aylin Sprünken [as], Jurek Brzoska [jb], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Eric Janáček. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Bürgerwissenschaften

Was macht Lola?

Citizen Science, zu Deutsch „Bürgerwissenschaften“, ist die Zusammenarbeit von Wissenschaft und interessierten BürgerInnen in ganz unterschiedlichen Wissensgebieten und auf ganz verschiedenen Wegen. Eines haben sie gemeinsam: Bei diesen Kooperationen profitieren alle Teilnehmer.

□ Knapp 1500 Kilometer von Berlin entfernt hat Lola ihr Winterquartier bezogen. Es ist ihr erster Winter in Nordspanien, noch ist die junge Weißstörchin kein Jahr alt. Im Frühjahr 2014 ist sie in Radolfzell geschlüpft und wurde dort, ebenso wie ihre Geschwister, von Wissenschaftlern des Max-Planck-Instituts für Ornithologie mit einem GPS-Sender ausgestattet. Dieser macht es möglich, dass Interessierte über die dazugehörige App Animal Tracker die Wanderungsbewegungen von Lola mitverfolgen können. Und, noch wichtiger: eigene Beobachtungen melden und Fotos übermitteln. Frisst sie gerade oder ruht sie sich aus? Ist sie alleine unterwegs oder interagiert sie mit anderen Störchen? Mithilfe dieser Beobachtungen lassen sich die Zugbewegungen der Tiere besser interpretieren und gegebenenfalls neue Erkenntnisse über ihr Verhalten gewinnen.

Etablierte Idee auf neuen Wegen

Eine solche Form der Zusammenarbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit engagierten Einzelpersonen oder der organisierten Zivilgesellschaft, zum Beispiel in Form von naturforschenden Vereinen, in wissenschaftlichen Projekten wie „Animal Tracker“ boomt in Deutschland derzeit unter dem Begriff Citizen Science – zu Deutsch Bürgerwissenschaften – und erfährt verstärkt politische und mediale Aufmerksamkeit. An sich ist die Idee nicht neu, gerade im Bereich der Vogelkunde arbeiten wissenschaftliche Einrichtungen mit Hobbyornithologen schon seit Jahrzehnten erfolgreich zusammen.

Neu an der derzeitigen Entwicklung ist, dass durch digitale Tools wie Apps oder andere Online-Angebote die Zusammenarbeit auch über räumliche Grenzen hinweg organisiert werden kann und so jeder

Interessierte die Möglichkeit hat, sich in die Projekte einzubringen. Die Aktivitäten sind vielfältig und heterogen: Sie reichen von der Beobachtung von Vögeln über die Erschließung, Digitalisierung und Auswertung geschichtlicher oder kunsthistorischer Quellen bis hin zur Entdeckung neuer Galaxien in den Tiefen des Universums.

CITIZEN SCIENCE

Bürger schafft Wissen

Um diese Vielfalt aufzuzeigen, wurde im April 2014 – gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft – die Internetplattform www.buergerschaffenwissen.de vom Museum für Naturkunde Berlin und Wissenschaft im Dialog online gestellt: Hier können Projektinitiatoren ihre Citizen Science Projekte vorstellen und zum Mitforschen einladen. Über spezielle Filter kann jeder und jede Interessierte ein passendes Projekt suchen. Rund vierzig Projekte sind derzeit dort zu finden, es werden nahezu wöchentlich mehr.

Die Mitarbeit in den Projekten ermöglicht den Beteiligten und Interessierten einen Einblick in wissenschaftliches Arbeiten sowie in Methoden, Fragestellungen und Anwendbarkeit von Forschungsprojekten. Dies ist neben den wissenschaftlichen Erkenntnissen selbst ein großer Pluspunkt von Citizen Science. Und es ist eine Chance, Wissenschaft und das Verständnis von und für Wissenschaft (wieder) stärker in der Gesellschaft zu verankern.

Chancen für die Umweltbildung

Auf der praxisorientierten Ebene ist Citizen Science daher auch ein Ansatz, der in der

Umweltbildung einen Mehrwert verspricht, weil er Wissenschaft nicht nur erfahrbar macht, sondern konkret zu aktueller Forschung beiträgt. Die Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Ornithologie nutzen diesen Synergieeffekt sehr erfolgreich: Der Einsatz der App wird mit Workshops und sogar Jugendferienreisen auf den Spuren der Störchen verbunden, das hauseigene MaxCine-Zentrum für Kommunikation bietet Raum für Austausch und gegenseitiges Lernen. Auch andere Citizen Science Projekte wie die Sensebox aus Münster oder „Natur im Wandel der Zeit“ setzen auf die Einbettung ihrer Forschungsaktivitäten in schulische oder außerschulische Angebote.

Auf der strategischen Ebene wird Citizen Science aktuell in Zusammenhang mit einer Öffnung der Wissenschaft in Richtung Gesellschaft diskutiert. Die damit verbundenen Chancen und Möglichkeiten sind vielfältig und erstrecken sich von der Gewinnung großer Datenmengen bis hin zu einer breiteren Partizipation an der Lösung gesellschaftlich relevanter Probleme. Citizen Science erfordert und schafft eine neue Transparenz in Forschungsprozessen und ist damit ein Schritt in Richtung „Open Science“.

GEWISS: Chancen und Herausforderungen

Bei allen Chancen gilt es auch, zahlreiche Herausforderungen zu meistern. Allein die Beantwortung der Frage nach dem aktuellen Stand der Bürgerwissenschaften in Deutschland wird nämlich durch eine der großen Stärken des Konzepts, die eingangs beschriebene Vielfalt und Heterogenität, zu einer anspruchsvollen und wichtigen Aufgabe.

Um die bestehenden Herausforderungen anzugehen, einen umfassenden Kenntnisstand zu erarbeiten und die Potenziale der Bürgerwissenschaften im Dialog mit Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Medien zu

erfassen, wurde das Projekt BürGer schaffen WISSen – Wissen schafft Bürger (GEWISS) ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um ein Konsortium aus Einrichtungen der Leibniz- und Helmholtz-Gemeinschaft und ihren universitären und außeruniversitären Partnern, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung für zwei Jahre mit finanziellen Mitteln ausgestattet ist und eng verzahnt mit der Online-Plattform arbeitet. Ziele des Projektes sind es, den Ansatz Citizen Science in einem partizipativen Prozess auf der strategischen und praktischen Ebene weiterzuentwickeln. Beispielsweise werden

ein Leitfaden und Trainings-Workshops für Projekte entstehen, durch die sich Wissenschaftler und interessierte Bürger weiterqualifizieren können. Außerdem werden in der aktuellen Reihe Dialogforen Citizen Science relevante Fragen diskutiert, wie notwendige Rahmenbedingungen zur Finanzierung und Förderung solcher Projekte, die Sicherstellung der Datenqualität als auch die grundsätzliche Gestaltung partizipativer Prozesse. Die Ergebnisse sind die Grundlage für die Ausarbeitung der Citizen Science Strategie 2020.

Zum Mitmachen möchten wir Sie ganz

herzlich einladen: Ob Sie den Spuren von Lola folgen, in anderen Citizen Science Projekten mitarbeiten oder sich in den politischen Diskurs um Citizen Science einbringen – Sie sind herzlich willkommen, sich auf der Online-Plattform www.buergerschaftenwissen.de über Projekte und Veranstaltungen zu informieren oder direkt mit uns Kontakt aufzunehmen.

Wiebke Rettberg und David Ziegler sind Redakteure der Online-Plattform und Teil des Konsortiums BürGer schaffen WISSen – Wissen schafft Bürger (GEWISS).

BLICKPUNKT

Citizen Science praktisch: Tauchen für den Naturschutz

Die Klarwasserseen des Norddeutschen Tieflandes sind stark gefährdet. Sporttaucher und Naturschützer können sich gemeinsam für den Schutz dieser Seen einsetzen. Sporttaucher werden durch das Projekt „Naturschutz-Tauchen“ befähigt, beim Tauchgang eigenständig den Zustand der Unterwasservegetation eines Sees einzuschätzen und darüber zu berichten. Dadurch tragen sie zu einem besseren Monitoring der Seen bei. Außerdem werden sie durch die Auseinandersetzung mit der ökologischen Qualität ihrer Tauchgewässer für den Naturschutz sensibilisiert und so zu wertvollen Multiplikatoren. Naturschützer lernen, ihr Wissen an Laien weiterzugeben und sich neuen Nutzergruppen zu öffnen. Nur durch derartige strategische Allianzen kann es gelingen, die Öffentlichkeit ausreichend für den Schutz unserer Klarwasserseen zu gewinnen.

Verschiedene Blickwinkel ergeben ein vollständiges Gesamtbild

Allein in den Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gibt es über 5.000 Seen. Die meisten dieser Seen sind Klarwasserseen mit untergetauchten Grundrasen. Dieser Lebensraumtyp ist durch eine einzigartige Flora und Fauna charakterisiert. Doch der einstmalig gute Zustand der Gewässer hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Ursachen hierfür gibt es viele, genauso wie Lösungsansätze. Doch wie lässt sich ein Problem lösen, das oft gar nicht erst erkannt wird?

Viele Naturschützer legen ihren Fokus auf an den Seen lebende Vogel- und Amphibienarten und deren angrenzenden Habitate. Sie geben sogar den Sporttauchern die Schuld am Zustand der Seen, da Tauchen eine technische Sportart ist. Stadtverwaltungen und Verantwortliche im Tourismus achten auf eine intakte Uferzone, um die Attraktivität eines Sees für Ausflügler und Urlauber zu gewährleisten. Aber wer wirft einen genauen Blick unter die Wasseroberfläche?

Nutzen für alle: Taucher, Umweltschützer, Natur

Die Naturschützer im Naturpark Stechlin-Ruppiner Land haben sich von den Sporttauchern die Unterwasserwelt zeigen lassen. Im Jahr 2006 bot der Tauchclub Nehmitzsee e.V. (TCN) dem NABU und der Naturparkverwaltung Stechlin-Ruppiner Land seine Hilfe beim Schutz der gefährdeten Klarwasserseen an. Die gemeinsam entwickelte Idee, Sporttaucher nach botanischer Schulung fit zu machen, den Erhaltungszustand von Klarwasserseen anhand ihrer Unterwasserpflanzen einzuschätzen, eröffnete beiden Seiten neue Möglichkeiten. Was für die beteiligten Sporttaucher die Aussicht war,

in Seen, in denen das Tauchen durch die Naturschutzgebietsverordnung verboten ist, in reglementiertem Rahmen wieder tauchen zu dürfen, war für die Naturschützer die Aussicht, endlich aktuelle Aussagen zu bekommen, warum es vielen Seen in Schutzgebieten zunehmend schlechter geht. Nach anderthalb Jahren der Vorbereitung, Beantragung von Genehmigungen und Schulungen ging es 2008 mit den ersten Tauchgängen los. Sieben Jahre und viele Tauchgänge später steht nun fest – die so entstandenen Daten zum Zustand der untersuchten Seen sind belast-, vergleich- und nutzbar für den Schutz von Seen. Die Taucher haben sich zwar im Laufe der Zeit zu regelrechten „Pflanzenexperten“ entwickelt, dennoch kommt es vor, dass eine Art nicht eindeutig unter Wasser bestimmt werden kann. Hier werden Proben mitgenommen, die im Anschluss gemeinsam nachbestimmt werden. Da Pflanzen sowohl an Land als auch im Wasser sehr gute Bioindikatoren sind, können die Naturschützer anhand der gesammelten Daten über die Vegetation frühzeitig Veränderungen in den Gewässern feststellen. Durch die Datenaufnahme über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinweg können Veränderungen von natürlichen Schwankungen unterschieden werden. Diese Daten können für gezielte Maßnahmen im Gewässermanagement genutzt werden.

Vielfalt der Akteure erhält biologische Vielfalt

Mitmachen kann jeder, der sich für die heimische Unterwasserwelt begeistert. Das Projekt lebt von der Vielfalt der Akteure. Die einzige Voraussetzung ist die Bereitschaft, offen aufeinander zuzugehen. Je weiter das Projekt in Deutschland gestreut werden kann, desto mehr Seen können regelmäßig untersucht werden. Haben die Taucher erst einmal die Vielfalt ihrer eigenen Seen kennengelernt und die Naturschützer die ersten Daten in der Hand, haben beide ein Interesse daran, die Entwicklung des Gewässers auch in den Folgejahren zu begleiten. Vor Lernstress und angestrengtem Büffeln braucht hier keiner Angst zu haben. Die wichtigsten Arten der typischen Unterwasserpflanzen sind recht schnell gelernt. Und wer noch nicht den Anspruch hat, alle Pflanzen auf die Art genau zu bestimmen, der kann sich auch erst einmal auf die Pflanzenfamilien beschränken. Denn trotz der guten Absicht, steht vor allem der Spaß im Vordergrund und das Ziel: gemeinsam für klare Seen!

**Janine Jachtner, Projektmanagement „Tauchen für den Naturschutz“
Silke Oldorf, Projektkoordinatorin „Tauchen für den Naturschutz“**

ZUM THEMA

Citizen Science Dialog**Dialogforen 2015**

□ Aktuelle Fragen und Herausforderungen von Citizen Science Projekten werden im Rahmen der Dialogforen Citizen Science aufgegriffen. Die Dialogforen werden im Rahmen des GEWISS-Bausteinprogramms in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnerinstitutionen bis November 2015 zu folgenden Themen veranstaltet: Citizen Science jenseits der Naturwissenschaften im März oder April im Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt/Main. Am 4. Mai findet das Dialogforum Citizen Science Daten: Qualität und Management am ZBW- Leibniz Informationszentrum Wirtschaft & ZALF- Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung in Hamburg statt. Für den Juni steht bereits Citizen Science in Schutzgebieten in der Rhön als Thema fest, das Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben. In Berlin treffen sich Interessierte in der Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften unter dem Motto Citizen Science: Wissenschaftsförderung und Strategie. Im November schließlich findet das Dialogforum Citizen Science und Partizipation im Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) in Karlsruhe statt.

Die Ergebnisse der Dialogforen fließen in die Entwicklung eines Leitfadens und die Citizen Science Strategie 2020 für Deutschland ein. Teilnehmen können alle Interessierten.

▷ www.kurzlink.de/Dialogforen

Citizen Science Literatur**Das unterschätzte Wissen der Laien**

□ Autor Peter Finke legt die erste Einführung in die Ideenwelt von Citizen Science vor und lädt ein, die unterschätzte Welt

der Wissensbürger zu entdecken. Denn Darwin und Mendel gelten als herausragende Figuren der Wissenschaftsgeschichte – dabei waren sie auf ihren Gebieten „nur“ Amateure, keine Berufsforscher im heutigen Sinn. Was sie antrieb, war eine unstillbare Neugier, die auch heute noch unzähligen Laien zu eigen ist und in leidenschaftlich gepflegten Hobbys und ehrenamtlicher Forschung in vielen Problemfeldern der Zivilgesellschaft ihren Ausdruck findet. Doch Wissenschaft und Forschung gelten mittlerweile als Privileg der Profis, das oftmals lebensnähere Wirken der Laien als zweitklassig. Dabei sind ihre Leistungen bedeutsamer denn je: Das Jahrhundertprojekt Wikipedia wäre ohne Citizen Science undenkbar und auch erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement kommt ohne fundierte Sachkenntnisse nicht aus.

▷ Finke, P.: Citizen Science. Das unterschätzte Wissen der Laien. oekom Verlag, München, 2014. 240 S., 19,95 €. ISBN-13: 978-3-86581-466-1

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Querwaldein**Angebote zur Erwachsenenbildung 2015**

□ Der gemeinnützige Verein Querwaldein bietet 2015 ein breit gefächertes Umweltbildungsprogramm für Erwachsene an. Die Mitarbeiter bringen langjährige Erfahrung in der Umweltbildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Raum Köln, Bonn und Dortmund mit: über 1.400 Veranstaltungen mit 20.000 Teilnehmern haben sie bereits durchgeführt. 2015 ist die Erwachsenenbildung ein Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit. Dazu gehören Fortbildungen für MultiplikatorInnen wie „Wurzeln ausbilden“, eine zertifizierte Weiterbildung zur Urbanen Naturpädagogin oder zum Urbanen Naturpädagogen, die im April startet. „Zweige austreiben“, eine eintägige Fortbildung zu verschiedenen Fachbereichen der Urbanen Naturpädagogik startet im März. Die

interne Fortbildung „Blüten entfalten“ für Umweltpädagogen-Teams ist jederzeit buchbar.

Neu im Programm ist der Bereich „Selbst- und Naturerfahrung“, zu dem eine Frauenjahresgruppe, ein Yoga-Erlebnis-Spaziergang und der Workshop „Blickwechsel Natur und Musik“ in Kooperation mit der Kölner Philharmonie.

▷ www.querwaldein.de

WILA Bonn**Erneuerbare Energien lernen**

□ Servicetechnikerinnen für Windkraftanlagen oder Monteurinnen für Solaranlagen sind nichts Exotisches mehr. Mädchen diese äußerst attraktiven Berufsbilder im Bereich der erneuerbaren Energien nahezubringen, ist das Ziel des Forschungsprojekts Serena des Wissenschaftsladens (WILA) Bonn.

In dem knapp dreijährigen Projekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, entwickelt der WILA Bonn gemeinsam mit Berufspädagogen und Instruktionspsychologinnen der Technischen Universität Dresden und dem Game Studio the Good Evil ein Serious Game für 13- bis 15-jährige Mädchen. Ein Serious Game ist ein Computerspiel, mit dem man auf spielerische Weise Wissen und Kompetenzen erwerben kann. Um die relevanten Berufe und Themen für das Serious Game zu identifizieren und entsprechende Spielsituationen zu erstellen, werden sowohl das Arbeitsmarktgeschehen als auch die curricularen Anforderungen sowie typische und interessante Arbeitssituationen und Problemstellungen ausgewählter Ausbildungsberufe analysiert und erhoben. Von Beginn an werden Schülerinnen von zwei Promotorenschulen in Neuss und Dresden sowie engagierte junge Gamerinnen in die Spielentwicklung miteinbezogen und ihre Interessen, Vorlieben und Kompetenzen erhoben. Im Projektverlauf wird das Spiel in verschiedenen Stadien getestet und evaluiert.

▷ www.serena.wilabonn.de

WISSENSWERT

Rat für Nachhaltige Entwicklung

Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit

□ Der Rat für Nachhaltige Entwicklung ruft vom 30. Mai bis 5. Juni 2015 zu Deutschen Aktionstagen Nachhaltigkeit auf. Die bunten Aktionen setzen bundesweit – und erstmalig auch europaweit – ein Zeichen des Engagements für nachhaltige Entwicklung.

Mitmachen kann jeder: Schulen, Kirchen, Unternehmen, Vereine, Initiativen, Nichtregierungsorganisationen, Behörden, Kindergärten und auch einzelne Bürgerinnen und Bürger – alle, die sich in ihrem täglichen Umfeld für mehr Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, den sozialen Zusammenhalt stärken oder faire Handels- und Produktionsbedingungen aufzeigen wollen. Von der Handysammelaktion über die nachhaltige Clubnacht bis zum Filmabend, von der Diskussionsrunde oder dem Workshop über den vegetarischen Tag in der Kantine bis zur Einkaufsaktion oder der nachhaltigen Stadtführung – Interessierte können ab März 2015 ihre Aktion auf www.aktionstage-nachhaltigkeit.de eintragen. Zum ersten Mal findet 2015 zeitgleich zu den Deutschen Aktionstagen Nachhaltigkeit die Europäische Nachhaltigkeitswoche statt. Sie geht auf einen gemeinsamen Vorstoß von Deutschland, Frankreich und Österreich zurück. Ziel der europäischen Initiative ist es, der großen Zahl dezentraler Projekte und Leistungen für nachhaltige Entwicklung und der Vielfalt von Akteuren mehr Sichtbarkeit zu verleihen. Menschen aus allen europäischen Ländern können hieran teilnehmen. Ab März 2015 können Aktionen auf www.esdw.eu eingetragen werden. Die deutsche Seite www.aktionstage-nachhaltigkeit.de mit allen Beiträgen wird dorthin verlinkt, und die Aktionen in Deutschland werden damit auch Teil der europäischen Initiative.

▷ www.aktionstage-nachhaltigkeit.de

Oekom Verlag

Der Wald macht Schule

Die neue Bildungsmappe „Innovative Waldprojekte“ verknüpft grundschulgerechten Unterricht mit forstlicher Bildungsarbeit im Sinne der BNE. Wie können Schülerinnen und Schüler lernen, verantwortungsvolle Entscheidungen für die Zukunft zu treffen? Wie können sie zu nachhaltigem Denken und Handeln motiviert werden? Kaum ein anderes Themenfeld bietet sich dafür so gut an wie der Wald. In der Bildungsmappe „Innovative Waldprojekte. Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Grundschule“ von Robert Vogl, Heinz Mandl, Marina Meixner und Stefanie Klatt finden Lehrkräfte und WaldpädagogInnen drei detailliert ausgearbeitete Unterrichtseinheiten für die dritte Jahrgangsstufe mit vielen Ideen und Anregungen rund um den Lernort Wald.

„Innovative Waldprojekte“ wurde von Lehrern, Förstern und Wissenschaftlern aus den Bereichen der Pädagogischen Psychologie und Wald- und Forstwirtschaft speziell zur Förderung der Zielsetzungen von BNE konzipiert und in zahlreichen Schulklassen erprobt. Neben einem genauen Unterrichtsablauf bietet der kompakte Ordner mit Ringheftung zahlreiche Unterrichtsmaterialien wie Arbeitsblätter, Tafelbilder und Spielideen zum kostenlosen Download.

▷ www.oekom.de/innovative-waldprojekte

Deutsche UNESCO-Kommission

Querbeet – neue BNE-Praxisbroschüre zu biologischer Vielfalt

□ In ihrer Publikation „Querbeet“ zeigt die AG Biologische Vielfalt des runden Tisches der UN-Dekade anhand von Praxisbeispielen, wie „Nachhaltigkeit lernen“ funktionieren kann. Ein Grundlagentext, der sich am sehr erfolgreichen Grundsatzpapier der AG aus dem Jahr 2011 orientiert, behandelt zentrale Punkte wie didaktische Herausforderungen einer BNE, oder die neuesten Entwicklungen der Schlüsselthe-

men Vielfalt der Lebensräume, Leistungen der Natur, Klimawandel und Konsum. Die Publikation steht auf dem BNE-Portal zum digitalen Download bereit und kann in gedruckter Form kostenfrei beim Sekretariat der UN-Dekade BNE bestellt werden.

▷ www.bne-portal.de/aktuelles/meldungen/neuepublikation-biodiversitaet

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

05.–07.06.15, Berlin

„Student Congress sustainable University“

Studierende der Technischen Universität Berlin laden ein zum „Internationalen Studentischen Kongress Sozial-ökologische Hochschule“, um mit möglichst vielen Engagierten aus studentischen Nachhaltigkeitsinitiativen Erfahrungen auszutauschen und Netzwerke zu bilden. Der Kongress wird von der studentischen Projektwerkstatt „PW²“ initiiert.

▷ www.kurzlink.de/nachhaltigeuni

28.–29.4.15, Pullach

„Natur 2.0 – Natur und neue Medien.“

Seminar des NEZ Burg Schwanegg, Ökopjekt MobilSpiel und der ANU Bayern für MultiplikatorInnen der BNE.

▷ www.umweltbildung-bayern.de

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

ANU
Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantwortl.), oeokopaednews@anu.de;
ANU-Bundesverband e.V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de